



VERGABEUNTERLAGEN

018-26-EK7

Neubau GUW Wendeschleife - hier: Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude

Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

Ausschreibung (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27, 68165 Mannheim, Deutschland

19.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare	3
Verfahrensinformationen	3
018-26-EK7_Verfahrensbrief_V2	3
018-26-EK7_Checkliste einzureichender Unterlagen	14
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung	15
AnschiebenPDF Rechnung	15
Anforderungen PDF-Rechnung	16
Vertragsbedingungen/Leistungsbeschreibung	18
018-26-EK7_Vertragsgrundlagen_Los 1	18
Los 1_LV-Gebäude Wendeschleife	27
018-26-EK7_Vertragsgrundlagen_Los 2	43
Los 2_MS-Anlage Käfertal_Wendeschleife	45
Los2_Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen_Januar 2024	67
Auszufüllende Formblätter für alle Lose	73
018-26-EK7_Angebotsschreiben_V2	73
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung (bei Bedarf)	76
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen	83
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe (nur bei Eignungsleihe/BIGE)	84
B.IX.1. - Verpflichtungserklärung qualifizierten NU (nur bei Eignungsleihe)	89
Russland-Sanktionen	91
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung	91
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen	93
I. EU-Sanktionen gegen Russland	93
II. Verbot der Auftragsvergabe	93
III. Fortführung bestehender Verträge	94
IV. Ausnahmen	94
V. Zuwendungsbau	95
VI. Inkrafttreten	95
Produkte/Leistungen	96
Eignungskriterien	111
Leistungskriterien	118
Anlagen	119

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	018-26-EK7
Maßnahme	Neubau GUW Wendeschleife
Auftragsbezeichnung	Neubau GUW Wendeschleife - hier: Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude
Auftragsbeschreibung	Der Auftraggeber plant die Erreichung eines neuen Gleichrichterunterwerks in Mannheim. Vergabegegenstand ist die Herstellung eines Gleichrichterunterwerks als monolithisches Betonfertiggebäude aus Stahlbeton in typgeprüfter Ausführung nach DIN EN 62271-202 (Los 1) sowie die Herstellung und Lieferung einer 9-feldrigen 20-kV-Metall-gekapselte-g asisolierte Mittelspannungsschaltanlage (Los 2).

VERFAHREN

Auftraggeber	MV Mannheimer Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	68309 Mannheim
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja						
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten						
Höchstzahl der Lose pro Angebot							
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis						
	Optionale Positionen werden in den Angebotspreis eingerechnet.						
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>31682300-3</td><td>Mittelspannungsanlagen</td></tr><tr><td>45232220-0</td><td>Bau von Unterwerken</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	31682300-3	Mittelspannungsanlagen	45232220-0	Bau von Unterwerken
Code	Bezeichnung						
31682300-3	Mittelspannungsanlagen						
45232220-0	Bau von Unterwerken						

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Vorinformation

Bekanntmachung	08.05.2026
----------------	------------

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	24.06.2026 10:00:00
Frist Bieterfragen	15.06.2026 10:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	24.07.2026
Versand Vorabinformation	10.07.2026

AUFTRAGSDAUER

Beginn
Ende
Anmerkungen

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 15.06.2026 10:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Verfahrensbrief

**Neubau GUV Rebenstraße/GUV Wendeschleife: hier
Mittelspannungsschaltanlage und GUV-Gebäude
018-26-EK7**

Inhaltsverzeichnis

1	Übersicht	3
1.1	Ziel Verfahrensbrief.....	3
1.2	Vergabegegenstand.....	3
1.3	Auftraggeber	3
1.4	Ausschreibende Stelle	3
1.5	Verfahrensablauf	3
1.6	Zeitplan.....	3
1.7	Anwendbares Recht.....	4
2	Verfahrensbedingungen	4
2.1	Kommunikation im Vergabeverfahren	4
2.2	Vertraulichkeit	4
2.2.1	Verwendung der Vergabeunterlagen	4
2.2.2	Verschwiegenheit	5
2.3	Angebote	5
2.3.1	Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist	5
2.3.2	Form und Frist Einreichung Angebote	5
2.3.3	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung	5
2.3.4	Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)	6
2.3.5	Unterauftragnehmer/Eignungsleihe	6
2.3.6	Anfordern zusätzlicher Unterlagen.....	7
2.3.7	Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen	7
2.3.8	Prüfung Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit	7
2.3.9	Inhalt der Angebote	7
2.3.10	Eröffnungstermin der Angebote	7
2.3.11	Nebenangebote.....	7
2.3.12	Prüfung und Wertung der Angebote	7
2.3.13	Zuschlag.....	8
2.3.14	Kosten für die Teilnahme am Verfahren	8
3	Rügepflicht und Nachprüfung	8
3.1	Zulässigkeit Nachprüfungsantrag.....	8
3.2	Vergabekammer	9
3.3	Rechtsgrundlagen.....	9
3.4	Weiterleitung von Vergabeunterlagen	11

1 Übersicht

1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die MV Mannheimer Verkehr GmbH („MV“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens über die Beschaffung [von einem Betongebäude und einer Mittelspannungsschaltanlage für das GUW Rebenstraße/GUW Wendeschleife] beschreiben.

1.2 Vergabegegenstand

Vergabegegenstand ist die Herstellung und Lieferung von einzelnen Komponenten für den Neubau eines Gleichrichterunterwerks.

Der Auftrag wurde in mehrere Lose unterteilt:

Los 1 – Mittelspannungsschaltanlage

Herstellung und Lieferung einer 9-feldrigen 20-kV-Metall-gekapselte-gasisolierte Mittelspannungsschaltanlage

Los 2 - Betongebäude

Herstellung und Lieferung eines Gleichrichterunterwerks als monolithisches Betonfertiggebäude aus Stahlbeton in typgeprüfter Ausführung nach DIN EN 62271-202.

1.3 Auftraggeber

Auftraggeber ist die MV Mannheimer Verkehr GmbH (MV), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim

1.4 Ausschreibende Stelle

Ausschreibende Stelle ist die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim

Wir informieren Sie darüber, dass die MV Mannheimer Verkehr die rnv zur Durchführung und Betreuung der vergebenen Leistung einsetzt. Die rnv tritt ausschließlich im Namen und Auftrag der MV auf. Die MV ist und bleibt ihr einziger Vertragspartner, ihr Ansprechpartner ist die rnv.

1.5 Verfahrensablauf

- ☒ Offenes Verfahren
- ☐ Nicht offenes Verfahren
- ☐ Verhandlungsverfahren
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ Öffentliche Ausschreibung

1.6 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
15.06.2026 – 10.00 Uhr	Frist für die Stellung von Bieterfragen
24.06.2026 – 10.00 Uhr	Angebotsfrist
KW 30/2026	Voraussichtliche Zuschlagserteilung
24.07.2026	Zuschlags- und Bindefrist

Die rnv behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor. Der Zeitplan ist nur indikativ.

1.7 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren nach der Sektorenverordnung (SektVO) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgeführt.

2 Verfahrensbedingungen

2.1 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off). Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren.

Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter Deutsche eVergabe (https://www.deutscheevergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Angeboten ausschließlich über die dafür vorgesehenen Funktionen auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

2.2 Vertraulichkeit

2.2.1 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

2.2.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

2.3 Angebote

2.3.1 Hinweispflicht der Bewerber und Fragefrist

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bewerbers gegen geltendes Recht, so hat der Bewerber die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

15.06.2026 – 10.00 Uhr

über die Vergabeplattform (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off) zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe (https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off).

Die Bieter sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bieters führen.

2.3.2 Form und Frist Einreichung Angebote

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off bis zum

24.06.2026 – 10.00 Uhr

einzureichen.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Angeboten bleibt davon unberührt.

2.3.3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

2.3.4 Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)

Im Falle der Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft muss jedes Bietergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung mit dem Angebot einreichen (Formblatt B.I.1.). Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

2.3.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe

Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will. Das andere Unternehmen, auf dessen Eignung sich der Bieter bezieht, muss seine Eignung in dem Umfang nachweisen, in dem eine Eignungsleihe stattfindet. Das bedeutet, dass im Fall der Eignungsleihe in Bezug auf die technische und berufliche Leistungsfähigkeit auch Referenzen des anderen Unternehmens anzugeben sind.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (**Formblatt B.IX.1**).

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bieter durch das Unternehmen **Formblatt B.IV.1** ausfüllen lassen und mit dem Angebot einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bieter benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bieter gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bieter das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bietern eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

2.3.6 Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise anzufordern.

2.3.7 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen

Nach Eingang der Angebote erfolgt eine Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bieters erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

2.3.8 Prüfung Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit

Es erfolgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bieter eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

2.3.9 Inhalt der Angebote

Von den Bietern sind mit dem Angebot folgende Unterlagen einzureichen. Soweit den Bietern Formblätter zur Erstellung der Angebote zur Verfügung gestellt wurden, sind diese Formblätter für die Erstellung des Angebotes zu verwenden.

Aus der beigefügten Checkliste ergibt sich, welche Formblätter der Bieter für die Angebotserstellung zu verwenden hat und welche Unterlagen vom Bieter selbst zu fertigen sind. Die Formblätter und insbesondere das Angebotsschreiben sind an den dafür vorgesehenen Stellen zu unterschreiben.

2.3.10 Eröffnungstermin der Angebote

Zum Eröffnungstermin der Angebote sind Bieter oder deren Bevollmächtigte nicht zugelassen.

2.3.11 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2.3.12 Prüfung und Wertung der Angebote

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgt anhand des nachfolgend dargestellten Wertungssystems:

- **Formale Prüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote zunächst anhand der in den Vergabeunterlagen genannten Anforderungen in formaler Hinsicht überprüfen. Soweit sich

daraus ergibt, dass bei einem Angebot Unterlagen fehlen oder unvollständig sind, wird der Auftraggeber im Rahmen des § 51 SektVO den betroffenen Bieter auffordern, Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

- **Angemessenheitsprüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote rechnerisch, technisch und wirtschaftlich prüfen. Hierzu wird der Auftraggeber die von den Bietern angegebenen Preise auf deren Angemessenheit überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass ein Angebot unangemessen hoch bzw. unangemessen niedrig erscheint, wird der Auftraggeber den Bieter auffordern, die angebotenen Preise gemäß § 54 SektVO aufzuklären.
- **Wertung anhand der Zuschlagskriterien:** Die weitere Wertung der Angebote erfolgt anhand der von den Bietern zu den nachfolgend genannten Zuschlagskriterien einzureichenden Unterlagen.

Die Wertung erfolgt auf der Grundlage des folgenden Wertungskriteriums:

100% Preis

2.3.13 Zuschlag

Die rnv strebt an, das Verfahren durch Zuschlagserteilung in der KW 30/2026 zu beenden. Die nicht erfolgreichen Bieter werden über die Zuschlagsabsicht gemäß § 134 GWB informiert werden. Vor Vertragsunterzeichnung können noch letzte Detailverhandlungen für kleinere Korrekturen geführt werden, soweit sie die Wertungsrangfolge nicht beeinflussen.

Vor Zuschlagserteilung wird der Auftraggeber eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 WRegG einholen, um zu prüfen, ob Eintragungen zu dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter vorliegen.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 24.07.2026. Bis zu diesem Termin sind die Bieter an ihre finalen Angebote gebunden.

2.3.14 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

3 Rügepflicht und Nachprüfung

3.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

3.2 Vergabekammer

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an die in der Auftragsbekanntmachung genannte Stelle wenden.

3.3 Rechtsgrundlagen

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

§ 134 Informations- und Wartepflicht

(1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bieter, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bieter kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnete geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 135 Unwirksamkeit

(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 verstoßen hat oder

2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu-lässig ist,

2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und

3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

3.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimsschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

[Neubau GUV Rebenstraße/GUV Wendeschleife: hier Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude]
[018-26-EK7]

Checkliste

Mit dem Angebot sind folgende Unterlagen einzureichen:

Vertragsbestandteil	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlage	Vom Bieter ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen
Leistungsverzeichnis und Leistungsbeschreibung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen (gilt nur für Los 2)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Besondere Vertragsbedingungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
rnv Datenschutzinformation	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebotsschreiben	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (nur bei Bedarf)
B.II.1. – Allgemeine Angaben zum Unternehmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
B.IV.1. – Eigenerklärung Ausschlussgründe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (nur bei Eignungsleihe/BIGE)
B.IX.1 – Verpflichtung von qualifizierten Nachunternehmer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (nur bei Eignungsleihe)
Ausgefülltes Preisblatt/LV	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Eigenerklärung EU-Russland-Sanktionen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)
Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate)	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Eigenerklärung Versicherungspolice	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (Auf der Vergabeplattform)



PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Kreditorenbuchhaltung

Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:*?/"/><) im Dateinamen

Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Rechnungs- und Email-Adressen

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_RNV@rnv-online.de

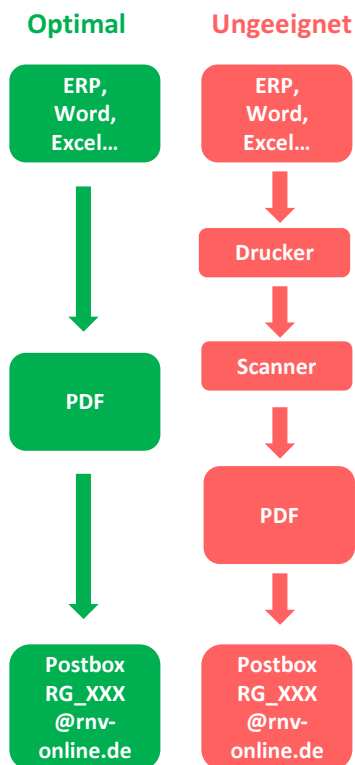
MV Mannheimer Verkehr GmbH
Möhlstraße 27
68165 Mannheim

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:
RG_MV@rnv-online.de

Anforderungen an die Rechnungsqualität

Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.

Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard

Rechnung	
<div>Rechnungsdatum: 01.10.2020</div> <div>Rechnungsnummer: RG123456</div>	
<div>Rechnungsanschrift:</div> <div>Rhein-Neckar-Verkehr GmbH</div> <div>Möhlstraße 27</div> <div>68165 Mannheim</div>	
<div>RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxx</div>	
<div>Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...</div>	
<div>Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020</div>	
<div>Zahlungsbedingung:</div> <div>30 Tage netto</div>	<div>Netto: 1.000,00 EUR</div> <div>MwSt 16 %: 160,00 EUR</div> <div>Gesamt: 1.160,00 EUR</div>
<div>IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx</div> <div>BIC: xxxxxxxxxxxx</div>	<div>Ust.ID: DE123456789</div>

Vertragsgrundlagen Los 1

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
2. Die „Besonderen Vertragsbedingungen“ für dieses Vergabeverfahren
3. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
4. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
5. Die aktuell gültige Fassung der VOL/B
6. Die aktuell gültige Fassung des BGB

Besondere Vertragsbedingungen

1 Vertragsschluss

- (1) Der Vertrag kommt mit dem Zuschlagsschreiben zustande.
- (2) Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

2 Lieferzeit und Verzug

- (1) Die von uns in dem Vergabeverfahren angegebene Lieferzeit ist bindend. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.
- (3) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen - pauschalierten Ersatz unseres Verzugsschadens in Höhe von 0,15 % des jeweiligen Nettovertragspreises pro vollendeter Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des jeweiligen Nettovertragspreises.

3 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

- (1) Der Auftragnehmer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z. B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z. B. Beschränkung auf Vorrat).
- (2) Haben wir mit dem Besteller vereinbart, dass wir für den Transport und das Abladen der Ware an einen vom Besteller benannten Bestimmungsort verantwortlich sind (DPU, Incoterms 2020), so haben wir unsere Pflicht zur Verschaffung des Besitzes des Bestellers an der Ware mit Eintreffen des Transportmittels am Bestimmungsort und dem Abladen erfüllt. Zu diesem Zeitpunkt geht auch die Gefahr über. Die Kosten etwaiger Wartezeiten beim Entladen, die entstehen, weil der Besteller seine Verpflichtungen bzgl. der Vorbereitung der Baustelle oder der Zuwegung schuldhaft nicht erfüllt hat, trägt der Besteller.
- (3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.
- (4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Die Abnahme ist vereinbart; der Gefahrenübergang tritt mit der Abnahme ein, sofern diese ohne wesentliche Mängel erfolgt. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.
- (5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z. B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Auftragnehmer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelanfertigung), so stehen dem Auftragnehmer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.
- (6) Für den geplanten Baubeginn ist ein freies, uneingeschränkt nutzbares Baufeld erforderlich. Der Auftraggeber stellt nach besten gewissen sicher, dass das Baufeld rechtzeitig gerodet und von örtlichen Bäumen und Pflanzen befreit ist, sodass keine Verzögerungen im Bauablauf entstehen.

4 Höhere Gewalt

Sollte eine der Parteien aufgrund eines außerhalb des Einflussbereichs einer Vertragspartei liegenden unvorhersehbaren Ereignisses, das nicht mit ihrem Geschäftsbetrieb verbunden ist, das von außen durch elementare Naturkräfte oder durch Handlungen dritter Personen herbeigeführt wurde, das nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbar war, das mit wirtschaftlich erträglichen Mitteln auch durch äußerste, nach der Sachlage vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht verhütet oder unschädlich gemacht werden konnte und das auch nicht wegen seiner Häufigkeit der betroffenen Partei in Kauf zu nehmen war („höhere Gewalt“),

wie beispielsweise Krieg, Unruhen, Naturkatastrophen, Streiks, Export- und Importbeschränkungen, Epidemien und Pandemien aufgrund von Infektionskrankheiten nicht zur Erfüllung einer Vertragspflicht in der Lage sein, so ist die betreffende Leistungspflicht für die Dauer der höheren Gewalt sowie einen angemessenen Zeitraum danach ausgesetzt, um die betreffende Partei in die Lage zu versetzen, ihre Fähigkeit zur Erfüllung ihrer Pflichten wiederherzustellen. Die betreffende Partei informiert die andere Partei unverzüglich über das Ereignis der höheren Gewalt und die Aussetzung der betroffenen Leistungspflichten sowie über die voraussichtliche Dauer dieser Aussetzung. Hat die andere Partei im Hinblick auf die ausgesetzte Vertragspflicht bereits Gegenleistungen erbracht, so sind diese der anderen Partei unverzüglich zurückzugewähren. Ist die Leistungspflicht einer Partei nach den vorstehenden Bestimmungen für mehr als drei Monate ausgesetzt, so kann die andere Partei den Vertrag hinsichtlich der noch nicht erbrachten Leistungen teilweise kündigen. Soweit die kündigende Partei nach den Gesamtumständen des Vertragsverhältnisses kein Interesse an den bereits erbrachten Leistungen mehr hat, kann sie den Vertrag im Ganzen kündigen. Die Haftung einer Partei für Schäden, die durch ein Ereignis höherer Gewalt hervorgerufen werden und die die Partei nicht zu vertreten hat, ist ausgeschlossen.

5 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall

- (1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Lieferung oder die Fertigstellung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder eintreten droht.
- (2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Die Beendigung erfolgt im Falle von Dauerschuldverhältnissen durch Kündigung, andernfalls durch Rücktritt vom Vertrag. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

6 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis die jeweils für ihn maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Insbesondere sind alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden: <https://www.globalcompact.de/de/ueber-uns/Dokumente-Ueber-uns/DIE-ZEHN-PRINZIPIEN-1.pdf>
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auf-

tragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.

- (3) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.
- (4) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitznachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.
- (5) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß § 6 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.
- (6) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 5 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.
- (7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren

7 Preise und Zahlungsbedingungen

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend sofern keine erhebliche, vom AG zu vertretende Terminverschiebung eintritt. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher. Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger vertragsgemäßer Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.

(3) Für Verträge mit der rnv gelten unabhängig vom Auftragswert folgende Abschlagszahlungen als vereinbart:

- 30 % des Gesamtauftragswertes nach Vertragsschluss gegen Vorlage einer anzunehmenden Anzahlungsbürgschaft gemäß den Anforderungen der rnv
- 30 % nach Werksabnahme des Rohbau-Körpers
- 20 % nach Lieferung
- 20 % nach Abnahme ohne wesentliche Mängel

Die jeweiligen Zahlungen erfolgen innerhalb von 30 Kalendertagen nach Zugang einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung sowie Erfüllung der jeweils genannten Voraussetzungen.

(4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

8 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung

- (1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben
- (2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.
- (3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.
- (4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt

9 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

- (1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst nach unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.
- (2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist. Besondere Geheimhaltungsvereinbarungen und gesetzliche Regelungen zum Geheimnisschutz bleiben hiervon unberührt.

- (3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- (4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen. Das Gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.
- (5) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Auftragnehmers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Auftragnehmers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

10 Gewährleistungsansprüche

- (1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage/Installation oder mangelhafter Anleitungen) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Auftragnehmer gelten die gesetzlichen Vorschriften und, ausschließlich zu unseren Gunsten, die nachfolgenden Ergänzungen und Klarstellungen.
- (2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Auftragnehmer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese Besonderen Vertragsbedingungen in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Auftragnehmer oder vom Hersteller stammt.
- (3) Bei Waren mit digitalen Elementen oder sonstigen digitalen Inhalten schuldet der Verkäufer die Bereitstellung und Aktualisierung der digitalen Inhalte jedenfalls insoweit, als sich dies aus einer Beschaffenheitsvereinbarung gemäß Abs. 2 oder sonstigen Produktbeschreibungen des Herstellers oder in seinem Auftrag, insbesondere im Internet, in der Werbung oder auf dem Warenetikett, ergibt. Ergänzend gilt § 475b BGB.
- (4) Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist.
- (5) Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt

sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z. B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 5 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.

- (6) Mit dem Zugang unserer schriftlichen Mängelanzeige beim Auftragnehmer ist die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen gehemmt, bis der Auftragnehmer unsere Ansprüche ablehnt oder den Mangel für beseitigt erklärt oder sonst die Fortsetzung von Verhandlungen über unsere Ansprüche verweigert. Bei Ersatzlieferung und Mängelbeseitigung beginnt die Gewährleistungsfrist für ersetzte und nachgebesserte Teile erneut, es sei denn, wir mussten nach dem Verhalten des Auftragnehmers davon ausgehen, dass dieser sich nicht zu der Maßnahme verpflichtet sah, sondern die Ersatzlieferung oder Mängelbeseitigung nur aus Kulanzgründen oder ähnlichen Gründen vornahm.
- (7) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde, bevor der Mangel offenbar wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen (Aus- und Einbaukosten) bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie ggf. Aus- und Einbaukosten, trägt der Auftragnehmer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.
- (8) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs. 5 gilt: Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Auftragnehmer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z. B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.
- (9) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

11 Produzentenhaftung

- (1) Ist der Auftragnehmer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

- (2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Auftragnehmer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von Rückrufmaßnahmen werden wir den Auftragnehmer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

12 Haftung

Der Auftragnehmer haftet nicht auf Schadensersatz. Dies gilt nicht für

- (a) Schäden aufgrund der Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht. Eine wesentliche Vertragspflicht im vorstehenden Sinne ist insbesondere eine solche, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Auftraggeber grundsätzlich vertraut und auch vertrauen darf. In diesen Fällen ist die Haftung des Auftragnehmers auf den Ersatz der vorhersehbaren und vertragstypischen Verluste oder Schäden der Sache und der Höhe nach beschränkt, die Haftung für Sachschäden ist begrenzt auf den Nettoauftragswert je Schadensfall bis zu einem Maximum vom fünffachen des Auftragswertes jedoch nicht mehr als 1.000.000 Euro; die Haftung für Vermögensschäden, wie Produktionsausfall, indirekte Schäden oder entgangenem Gewinn, ist ausgeschlossen.
- (b) Schäden infolge der Verletzung einer vom Auftragnehmer abgegebenen Garantie;
- (c) Schäden aufgrund einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung vom Auftragnehmer oder von einem gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen;
- (d) Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die auf einer fahrlässigen Pflichtverletzung vom Auftragnehmer oder auf einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Pflichtverletzung von einem gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen;
- (e) Ansprüche, die sich aus einer verschuldensunabhängigen Haftung oder zwingendem Recht, insbesondere dem Produkthaftungsgesetz, ergeben. Die vorstehenden Bestimmungen lassen die gesetzliche Beweislastverteilung unberührt.

13 Haftpflichtversicherung

- (1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potentiell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert, sicherstellen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- (2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Dem Auftraggeber sind auf Verlangen Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, hat der Auftraggeber ein Zurückbehaltungsrecht.

15 Schutzrechte

- (1) Der Auftragnehmer steht nach Maßgabe dieses Abs. 1 dafür ein, dass durch von ihm gelieferte Produkte keine Schutzrechte Dritter in Ländern der Europäischen Union oder anderen Ländern, in denen er die Produkte herstellt oder herstellen lässt, verletzt werden. Er ist verpflichtet, uns von allen Ansprüchen freizustellen, die Dritte gegen uns wegen einer solchen Verletzung von gewerblichen Schutzrechten erheben, und uns alle notwendigen Aufwendungen im Zusammenhang mit dieser Inanspruchnahme zu erstatten. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die Schutzrechtsverletzung weder zu vertreten hat noch bei Anwendung kaufmännischer Sorgfalt zum Zeitpunkt der Lieferung hätte kennen müssen.
- (2) Unsere weitergehenden gesetzlichen Ansprüche wegen Rechtsmängeln der an uns gelieferten Produkte bleiben unberührt.

16 Verjährung

- (1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB gelten für die Verjährung von Mängelansprüchen folgende Fristen:
 - a. Für Stationsgebäude beträgt die Verjährungsfrist fünf Jahre ab Abnahme.
 - b. Für sonstige Liefer- und Leistungsgegenstände beträgt die Verjährungsfrist ein Jahr ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährungsfrist mit der Abnahme.

Die vorstehenden Verjährungsfristen gelten entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln. Die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) bleibt unberührt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

- (3) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

17 Rechtswahl und Gerichtsstand

- (1) Für diese Besonderen und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.
- (2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlich – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen Besonderen Vertragsbedingungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

Beschreibung der Baumaßnahme

Die neue Gleichrichterstation befindet sich im Betriebshof Käfertal zwischen der Wendeschleife und einer bestehenden Lagerhalle. Eine Baugrunduntersuchung erfolgt durch den AG und liegt der Ausschreibung bei. Die Aufstellung des Gebäudes wird im Zuge der Baumaßnahme „Neubau des Betriebshofs Käfertal “ erfolgen. Die Montageplanung des Gebäudes muss in Abstimmung mit der zuständigen Bauüberwachung des AG erfolgen. Die behördlichen Erfordernisse für Transporte und Montage sind einzukalkulieren.

Die funktionale Leistungsbeschreibung dient zur Herstellung des Gleichrichterunterwerkes in Käfertal, als monolithisches Betonfertiggebäude aus Stahlbeton in typgeprüfter Ausführung nach DIN EN 62271-202.

Lage des Gebäudes

Die neue Gleichrichterstation befindet sich unterhalb der Wendeschleife des Betriebshofs Käfertal.

Den Unterlagen liegen ein Grundriss - und Lageplan bei.

Bauablauf und Bauzeiten

Baubeginn Tiefbau: KW 26 / 2027
Bauende Tiefbau spätestens : KW 39 / 2027

Aufstellen des Gebäudes: KW 45 / 2027
Fertigstellung des Gebäudes: KW 48 / 2027
Abnahme des Gebäudes: KW 49 / 2027

Ortsbesichtigung

Die örtlichen Gegebenheiten sind frei zugänglich und können vom AN besichtigt werden.

Nachforderungen des AN, die aufgrund mangelnder Kenntnis über die Örtlichkeiten entstehen, sind ausgeschlossen.

Allgemeiner Leistungsumfang

Die nachstehend aufgeführten Leistungen umfassen grundsätzlich den gesamten Arbeitsbereich und verstehen sich für die Errichtung der Gebäude einschließlich aller Materialien, Nebenarbeiten; Transport, Kranarbeiten, notwendige Genehmigungen bei Behörden für die Durchführung sowie auferlegte Absperrmaßnahmen des Straßenraumes, der Verkehrssicherung und der Baustelle. Der Planer geht davon aus, dass der Auftragnehmer die örtlichen Verhältnisse (z. B. wegen Autokranarbeiten, Zufahrten, Energieanschlüsse bauseits, etc.) in Augenschein genommen hat.

Werkplanung und Dokumentation

Die Werk- und Detailplanung der im LV beschriebenen Gebäudeteile ist vom Auftragnehmer zu erbringen. In Abstimmungsgesprächen ist die Ausführung bis zur schriftlichen Genehmigung durch den AG (Freigabe) durchzuführen und die Planunterlagen in 3-facher Ausführung zu übergeben.

Die kompletten Revisionsunterlagen sind auf digitalem Datenträger im DWG bzw. DXF- sowie PDF zu liefern.

U. a. sind folgende Unterlagen zu liefern:

- Betriebshandbücher
- Prüfprotokolle
- Bedienungs- und Wartungsanleitungen

Bauantrag

Der Bauantrag wird vom AG eingereicht bzw. erfolgt im Zuge der Planfeststellung.

Genehmigungen

Sind Tätigkeiten notwendig, die einer behördlichen Genehmigung bedürfen, so hat der AN rechtzeitig vor Baubeginn alle erforderlichen Genehmigungen bei der zuständigen Behörde einzuholen z.B. Transportgenehmigung. Ebenso sind alle notwendigen Verkehrssicherungsmaßnahmen im Zuge der behördlichen Transportgenehmigung durch den AN zu erbringen.

Falls im LV nichts anderes angegeben ist, erfolgt keine gesonderte Vergütung dieser Aufwendungen. Sie sind in die Einheitspreise einzurechnen.

Eingesetztes Personal

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, während der gesamten Bauausführung einen geeigneten Projektleiter (deutschsprachig) zur Verfügung zu stellen. Der zuständige Projektleiter ist dem Auftraggeber (AG) vor Baubeginn zu benennen. Die Baustellensprache ist deutsch.

Wird im LV explizit darauf hingewiesen, das Arbeiten nicht tagsüber an Werktagen ausgeführt werden können, müssen die Reisekosten, Auslösungen, Spesen sowie Aufwendungen für Über-, Nacht-, Feiertags- und Wochenendstunden mit in die Einheitspreise einkalkuliert werden.

Normen und Richtlinien

Der Auftragnehmer hat neben den Anforderungen aus den zur Angebotsabgabe gültigen Deutschen Normen auch alle sonstigen Regelwerke der Technik, des Handwerks, Herstellerrichtlinien, Verlegerichtlinien, Zulassungsbestimmungen einzuhalten.

Nachweise

Folgende Nachweise sind vor Zuschlagserteilung auf Verlangen vorzulegen:

Protokolle über bestandene Störlichtbogenversuche (DIN EN 62271-202). Eignungsnachweis (kleiner Nachweis) für Schweißarbeiten gemäß DIN 18800 Teil 7. Qualitätssicherungspläne unter Beachtung der ISO-Normen 9000 bis 9004 sowie ein Qualitätshandbuch. Überwachungsvertrag für die Tätigkeit als Fachbetrieb nach § 19 I WHG. Überwachungsbericht als Betonwerk vom „Güteschutz Beton- und Fertigteilwerke“ Baden-Württemberg e. V. Nachweis gem. DASTb-Richtlinien für Betonbau bei Umgang mit wassergefährdeten Stoffen (neuesten Datums) ist vorzulegen, das heißt, dass Wasser in die unbeschichtete Ölauffangwanne des Transformatorenöl innerhalb 72 Std. nicht tiefer als 25 mm eindringt.

Prüfberichte für die Wasserdichtigkeit der Kabeldurchführungen sind auf Verlangen vorzulegen.

Der Nachweis für Schutzgrad IP 23 DH sind für das gesamte Gebäude zu erbringen (in Anlehnung an DIN EN 60529 und DIN EN 62262).

Qualitätsnachweise

Der Bauherr kann verlangen, dass die für den Einbau vorgesehenen Baustoffe, Konstruktion und die angewandten Verfahren den nachfolgenden Normen und Qualitäten entsprechen. Hierfür sind vor Zuschlagserteilung Nachweise zu erbringen, die dem Planer nach Aufforderung entgeltlos übergeben werden müssen:

Prüfzeugnisse amtlicher oder anerkannter Prüfinstitute, bauaufsichtliche Zulassungen, gutachterliche Stellungnahmen, Güteüberwachungen nach den Bestimmungen der Gütegemeinschaft oder Normen, Eignungsnachweis nach DVGW-Richtlinien, VDE-Nachweise. Eignungsnachweis für Schweißarbeiten gemäß DIN 18800 Teil 1, Qualitätssicherungspläne unter Einhaltung der ISO-Normen 9000bis 9004 sowie Qualitätshandbuch, Überwachungsvertrag für die Tätigkeit nach § 19 I, WHG.

Überwachungsbericht als Betonwerk vom Güteschutz Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V. Nachweis der Transportarmierung, Nachweis über Kurzzeitstrombelastung von 10 kA/1s der Erdungssammelleitung, VOB, etc.

- DIN EN 62271-202
- DIN 1045 Beton- und Stahlbau
- DIN 18203 Teil 1
- DIN 18202 Teil 5 Maßtoleranzen im Hochbau
- DIN 4100 Geschweißte Stahlbauten
- DIN 4102 Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen
- DIN EN 206-1
- DIN 1055

Anlagen:

- Planskizze Aufstellung
- Lageplan (pdf und dwg)
- Anlage 1

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

01 Lieferung Betonfertiggebäude

01.01 Betonfertiggebäude

Ausführungsbeschreibung 1
Ausführungsbeschreibung Stationsgebäude

Gebäudeabmessungen

Das Gebäude ist als L-förmiges Kombi-Gebäude zu liefern, die Abmessungen der einzelnen Gebäudeteile sind nachstehend beschrieben.

Gleichrichterstation:

Maximale Außenmaße $B \times L \times H = 3,92 \times 8,98 \times 3,8 \text{ m}$

Gleichrichtertransformator 1:

Maximale Außenmaße $B \times L \times H = 3,92 \times 2,98 \times 3,8 \text{ m}$

Gleichrichtertransformator 2:

Maximale Außenmaße $B \times L \times H = 3,92 \times 2,98 \times 3,8 \text{ m}$

EB-Transformator:

Maximale Außenmaße $B \times L \times H = 3,02 \times 6,58 \times 3,8 \text{ m}$,
mit Innenwand und Transformatorverschiebung für zwei Transformatoren

NSHV-Raum:

Maximale Außenmaße $B \times L \times H = 3,02 \times 6,58 \times 3,8 \text{ m}$

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

Erd- und Fundamentarbeiten

Das Gebäude ist gemäß der zu erstellenden Gebäudestatik auf eine vorher festgelegte und geplante Stellfläche (verdichtet oder durchgehender Betonplatte oder Beton - Streifenfundamente) zu stellen.

Die hierfür notwendigen Unterlagen über die kompletten, prüffähigen statischen Berechnungen und Unterlagen, einschl. notwendiger Pläne für das Gebäude sowie der umlaufenden Streifenfundamente oder einer durchgehenden Bodenplatte sind in 2-facher Ausführung dem Planer vier Wochen nach Auftragserteilung zu übergeben.

Die hierzu notwendigen Tiefbauleistungen sind NICHT Bestandteil dieses Leistungsverzeichnisses, sondern werden in einem separaten Leistungsverzeichnis ausgeschrieben.

Eine tragfähige Baustraße, ein ausreichender Kranstellplatz, sowie eine Rangierfläche werden im Zuge der Tiefbauarbeiten hergestellt.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

Gebäude

Die Gebäudekörper sind als einteiliges fabrikfertiges Stahlbetongebäude in monolithischer Bauweise (Boden und Wände fugenlos aus einem Guss) inkl. Kabelkeller aus hochwertigem baustahlarmierten Stahlbeton C 35/45, Explosionsklassen nach DIN 1045-2 und DIN EN 13369 für Außenbauteile XC4, XF1, XA1 und für Innenbauteile XC1, Feuchtekategorie WF, Potentialausgleich nach VDE, zu liefern.

Außenwände min. 10 cm stark.

Das Gebäude ist auf die vorgesehene Fläche zu stellen.

Deckenplatte

Ausgebildet als Wannenflachdach aus C35/45 mit umlaufender Attikablende aus Aluminiumblech, EV1 silber eloxiert, Tropfkante und einem Vorsprung zum Gebäude, Wannenoberfläche stahlschalungsglatt mit einer Kies- oder Schotterfüllung, Unterseite stahlschalungsglatt. Dach gleitend auf Betonkörper gelagert, die Deckenplatte und deren Fugen sind in dichter Ausführung herzustellen. Explosionsklassen nach DIN 1045-2 und DIN EN 13369 für Außenbauteile XC4, XF1, XA1 und für Innenbauteile XC1, Feuchtekategorie WF, zu liefern.

Die Deckenplatte ist für die Dachbegrünung und für eine spätere Aufstellung einer Solaranlage auszulegen.

Wände

Wandstärke nach erforderlicher Statik (jedoch mind. 10 cm stark), wobei eine Betonüberdeckung Außen der Bewehrung von mind. 3 cm gewährleistet sein muss. Innenwände in Raumzelle nach statischen Erfordernissen eingeschweißt.

Die Wände und deren Fugen sind mit entsprechenden Fugenbändern dicht zu schließen. Explosionsklassen nach DIN 1045-2 und DIN EN 13369 für Innenbauteile XC1, Feuchtekategorie WO.

Fugen

Konstruktive Fugen sind in der konstruktiv, bauphysikalisch und gesetzlich vorgeschriebenen Weise auszuführen (z.B. mit Spezialprofilen, Spezialdichtungsmasse, etc.). Dauerelastische Fugen sind aus Acryl (überstreichbar) herzustellen.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

Kontaktkorrosion

Beim Zusammentreffen verschiedener Werkstoffe muss gewährleistet sein, dass keine Kontaktkorrosion entsteht.

Aussparungen

Die erforderlichen Aussparungen (kleiner 1 m²) von Gebäude zu Gebäude müssen im Preis enthalten sein. Die Aussparungen für die Druckentlastung sind mit maximalen Öffnungen einzuplanen inkl. einem Sockel von ca. 5-10 cm.

Innenanstrich

Decke und Wände mit wasch- und scheuerbeständigem Dispersionsanstrich, matt, nach DIN 53776, auf Acrylat-Mischpolymerisat-Basis, wasserverdünnbar, Farbe: RAL 9010. Der Rohboden im Traforaum ist mit einem dreifachen Öl festen Anstrich zu versehen; Farbe: hellgrau.

Doppelboden

Der Schaltraumdoppelboden mit OK 0,80 m im lichten, bestehend aus Aluminium-Strangpressprofilen und höhenverstellbaren verzinkten Stahlstützen, muss für die zum Einbau kommenden Schaltanlagen mit einer Verkehrslast bis 1000 kg/m² ausgelegt sein. Die begehbare Fläche wird mit Holzwerkstoffplatten, Rastermaß 60x60 cm, mehrfach verriegelt ausgelegt. Die Plattenstärke beträgt ca. 40 mm, der Plattenbelag muss aus Kunststoff bestehen. Die Lieferung des Doppelbodens beinhaltet die Grundrahmen zur Aufnahme der Schaltschränke, sowie den entsprechenden Saugheber.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

Traforaum, Trafoschienen

Die beiden Traforäume sind jeweils für die Aufnahme eines 2.500 kVA-Gießharz Transformators auszulegen. Die Belüftung ist der Verlustleistung entsprechend Gehäuseklasse 20 zu dimensionieren. Folgende Trafodaten sind zu berücksichtigen: Leerlaufleistung: 3.000 W, Kurzschlußleistung: 16.0000 W. Die Trafoschienen müssen für eine Last von 9 Tonnen ausgelegt sein mit aufgeschweißter Spurbegrenzung. Sie sind an zwei Stellen kraftschlüssig miteinander durch entsprechende Stahlstreben zu verbinden. Ebenfalls sind zwei Trafoschienenstützen vorzusehen. Der begehbare Bereich um den Trafo ist mit Gitterrösten auf Höhenniveau des Doppelbodens auszulegen und zu befestigen. Alle Stahlteile sind verzinkt auszuführen und in den Potentialausgleich mit einzubeziehen.

Der Traforaum für die beiden EB-Transformatoren ist für die Aufnahme von zwei 800 kVA- Gießharz Transformators auszulegen. Die Belüftung ist der Verlustleistung entsprechend Gehäuseklasse 20 zu dimensionieren. Folgende Trafodaten sind zu berücksichtigen: Leerlaufleistung: 1500 W, Kurzschlussleistung: 9.000 W.

Die Trafoschienen müssen für eine Last von 3,2 Tonnen ausgelegt sein mit aufgeschweißter Spurbegrenzung. Sie sind an zwei Stellen kraftschlüssig miteinander durch entsprechende Stahlstreben zu verbinden. Ebenfalls sind zwei Trafoschienenstützen vorzusehen. Der begehbare Bereich um den Trafo ist mit Gitterrösten auf Höhenniveau des Doppelbodens auszulegen und zu befestigen. Alle Stahlteile sind verzinkt auszuführen und in den Potentialausgleich mit einzubeziehen.

Außenputz / Schutzbeschichtung für die erdberührenden Flächen

Der Außenputz ist als Kunstharzputz (K2) auszuführen und umfasst das gesamte Gebäude. Gegebenenfalls sind die Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes zu erfüllen. Die Schutzmaßnahmen gegen drückendes Wasser sind gemäß DIN 18533 zu berücksichtigen, falls kein Bodengutachten andere Maßnahmen beschreibt.

Zugangstüren / Be- und Entlüftung

Alle Türen müssen aus Aluminium in Rahmenbauweise mit Queraussteifungen und umlaufender Dichtung, innenliegenden Bändern, Türfüllung aus hochfesten Legierungen. Standardmäßig ausgerüstet mit mechanischem Türfeststeller oben, selbsttätig einrastend bei 95 Grad und CU-Erdungsband.

Im System mit Stationen nach DIN EN 62271-202/ DIN VDE 0671-202 störlüchtbogengeprüft. Schlagprüfung nach EN 62262, Schutzgrad IP 23 DH, nach DIN EN 60529 (DIN VDE 0470-1).

Mit folgender Ausprägung:

Anschlag:	nach Angaben
Zarge:	HKI Rahmenprofil
Türlüftung:	ja; oben und unten nach Angaben
Schloss:	Kastenschloss mit Panikfunktion mit zwei Halbzylinder
Farbe:	Silber, E6 EV 1 eloxiert
Blechfüllung Tür:	Glatt
Verriegelung:	dreifach (seitl., oben, unten) aus V2a
	Erdung Türen müssen über Erdungsdübel mit der
Bewehrung verbunden sein	
Türkontaktschalter:	magnetisch

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

Lichte Maße:

Schaltraum:

Breite: min. 115 cm, Höhe: min. 240 cm gefordert

Traforaum:

Breite: min. 250 cm, Höhe: min. 240 cm gefordert

NSHV-Raum

Breite: min. 110cm, Höhe: min. 240cm gefordert

EB-Traforaum (zwei Türen mit jeweils):

Breite: min. 172cm, Höhe: min. 240cm gefordert

In der Tür zum Schaltraum sind Lüfterelemente zur Belüftung vorzusehen (verschießbar für Winterbetrieb).

Ein demontierbarer Sturz für die Trafotüren ist vorzusehen.

Die ausreichende Belüftung des Traforaumes ist rechnerisch nachzuweisen und auf verlangen vorzuzeigen.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

Druckentlastung

Im Störlichtbogenfall erfolgt der Druckstoß der Mittelspannungsschaltanlage in den Doppelboden. Die Druckentlastung ist durch entsprechende Druckentlastungsöffnungen über die Trafokammer nach außen, aus Aluminiumprofilen, stoßer- und insektensicher anzubieten. Die Dimensionierung muss in ihrer Geometrie und Anordnung nach VDE 0101 entsprechen. Sollten die Gebäudegeometrie für die Druckbeherrschung nicht ausreichen, sind weitere Maßnahmen wie Drucköffnung im Schaltraum oder Druckentlastungsgitter zum Traforaum mit einzukalkulieren. Der zu erwartende Wert für den Druckausgleich im Fehlerfall der Mittelspannungsanlage, wird im Auftragsfall zur Verfügung gestellt und muss vom Hersteller schriftlich bestätigt werden.

Kabeleinführung

Gebäudeeinführungen (Dichtpackung) müssen nach genormten, mit zugelassenen Dichtungsrahmenprofilen, einschl. Füllstücken in die Wand eingegossen und dicht geschlossen werden. Der Nachweis ist zu erbringen. Vorgesehen sind 40 Stück Gebäudeeinführungen Fabrikat: Fa. Hauff (HSI 150) oder gleichwertig, einschl. Systemdeckel (lose Lieferung: 13 St. HSI 150-D1/80 7 St. HSI 150-D3/58 und 20 St. HSI 150-D7/33), Schrumpfseite außen. Die genaue Lage der Einführungen wird nach Auftragsvergabe mitgeteilt.

Statik

Erstellen der kompletten, prüffähigen statischen Berechnung und Unterlagen, einschl. notwendiger Pläne für das Gebäude. Ebenso ist die Dachbegrünung auf dem Dach und eine spätere Aufstellung einer Solaranlage statisch zu berücksichtigen. Die Unterlagen sind dem AG vorzulegen.

Potentialausgleich

Alle elektrisch leitenden Teile sind gemäß VDE an den Potentialausgleich anzuschließen. Die Bewehrung des Gebäudekörpers (Zellenboden / Wände) sind miteinander zu verschweißen. Die Stoßfugen Wand / Dach sind mit Anschweißplatten bzw. Erdungsfestpunkten, die an der Gebäudearmierung angeschweißt sind, ins Erdungssystem einzubinden. Entsprechende Anschlüsse für den Anschluss des Hauptpotentialausgleichs sind vorzusehen. Der Tiefererder wird bauseits erstellt.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

Entwässerung

Die Dachentwässerung ist über rechteckige Aluminium-Regenfallrohre (mind. 75 x 56 mm) herzustellen. Die Entwässerung erfolgt oberflächlich als freier Auslauf hinter bzw. neben dem Gebäude über die Grünfläche.

Einmessung

Das Gebäude wird durch den AG eingemessen.

Kampfmittel

die Kampfmittelsondierung erfolgt durch den AG.

Extensive Begrünung

Es ist eine Extensivbegrünung im Werk aufzubringen, diese besteht aus:

- Wurzelschutzfolie
- Schutzvlies 400g/m²
- Drainage aus z.B. Blähschiefer 3-5 cm hoch
- Filtervlies 150g/m²
- Vegetationsmatte
- Kiesrand aus 16/32 mm Rundkies

Nach Abnahme auf der Baustelle ist die Pflege der Begrünung durch den AG auszuführen.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

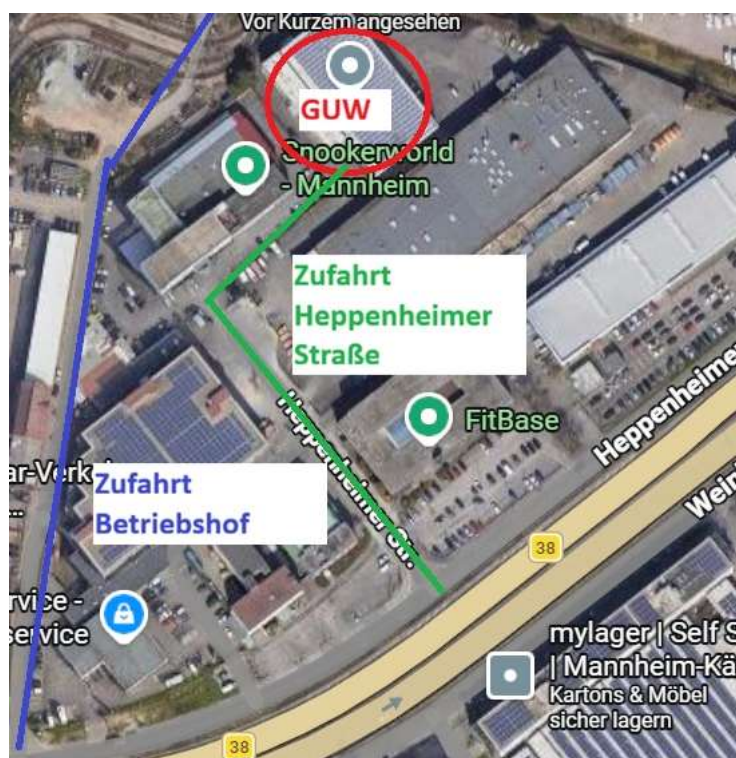
Transport und Logistik

Anfahrt

Der geplante Gebäudestellplatz ist über die B38 und Heppenheimer Straße zu erreichen. Für die geplante Kranaufstellfläche steht das Baufeld des vorher abgerissenen Gebäudes zur Verfügung. Als Sonderleistung muss der Auftragnehmer eine Vollsperrung der Heppenheimer Straße mit den entsprechenden Verkehrslenkenden Maßnahmen während des Aufstellzeitraums einplanen (inkl. der Genehmigungseinholung). Das Baufeld kann durch die aktuelle Zufahrtsstraße der Wendeschleife oder durch die Heppenheimer Straße befahren werden.

Rahmenbedingungen

Es ist eine Erweiterung der Wendeschleife geplant, das Unterwerk soll unterhalb dieser Erweiterung aufgestellt werden. Hierfür hat die rnv das Gebäude, inklusive Grundstück der Heppenheimer Straße erworben. Das Gebäude soll im Vorfeld abgerissen und eine ebene Fläche geschaffen werden. Durch das dynamische Baufeld hat der AN seinen Platzbedarf für die Kranaufstellfläche und die Baustraßen rechtzeitig anzukündigen.



Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

01.01.0001

Betonfertiggebäude Lieferung und Montage

1 St

.....

.....

01.01 Betonfertiggebäude

.....

01 Lieferung Betonfertiggebäude

.....

Zusammenstellung

01.01	Betonfertiggebäude
01	Lieferung Betonfertiggebäude
		Summe (ohne MwSt)
		zzgl. MwSt % <u>.....</u>
		Gesamtsumme <u>.....</u>

Inhaltsverzeichnis

01	Lieferung Betonfertiggebäude.....	5
01.01	Betonfertiggebäude.....	5

Vertragsgrundlagen Los 2

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
2. Die Besonderen Vertragsbedingungen für dieses Vergabeverfahren
3. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
4. Die „Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
5. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
6. Die aktuell gültige Fassung der VOL/B
7. Die aktuell gültige Fassung des BGB

Besondere Vertragsbedingungen

§1 Kommunikation

(1) Mündliche Ansprachen sind durch den AN zu protokollieren und innerhalb von drei Werktagen in Form einer PDF-Datei an Einkauf@rnv-online.de zu senden. Sind Änderungen des Vertrages in mündlicher Absprache getroffen und an Einkauf@rnv-online.de gesendet worden, werden diese ausschließlich Vertragsbestandteil, wenn diese schriftlich durch den Einkauf bestätigt wurden. Schweigen gilt nicht als Zustimmung.

(2) Eine E-Mail an Einkauf@rnv-online.de entbindet nicht der gesetzlich vorgegebenen Schriftform. Jegliche Briefe sind an den Einkauf (RE4) zu senden.

§2 Bedingungen

(1) Der Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass ausschließlich die Bedingungen des Auftraggebers gelten. Abweichende Regelungen in der Auftragsbestätigung sind automatisch unwirksam.

§3 Zahlungsvereinbarung, Nachträge und Rechnungserstellung

(1) Das Zahlungsziel für alle Rechnungen beträgt 30 Tage netto.

[O128-O293 BTH Käfertal GUW Wendeschleife]
[018-26-EK7]

(2) Der AN wird angebotene Nachträge erst in Rechnung stellen, wenn diese durch eine Erweiterung der Bestellung vom AG bestätigt wurden. Eine vorherige Rechnungsstellung ist untersagt. Sollte der AN dennoch Nachträge in Rechnung stellen, ist der AG berechtigt, noch nicht bestellte Nachträge aus der Rechnung, auch ohne Information an den AN, aus der Rechnung zu streichen.

(3) Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH, bestätigen hiermit, dass wir nachhaltig Bauleistungen i.S.d. § 13b Abs. 2 Nr. 4 S. 1 UStG erbringen. Eine entsprechende Bescheinigung des Finanzamts Mannheim-Stadt liegt vor. Der AN wird der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH eine Netto-Rechnung gem. § 13b Abs. 2 Nr. 4 S. 1 i.V.m. Abs. 5 S. 2 UStG mit einem Hinweis auf den Übergang der Steuerschuldnerschaft ausstellen.

GAEB-Datei(en)

Bitte beachten Sie folgende Hinweise bei der Nutzung der GAEB-Datei(en):

Verwendung elektronisch übermittelter Daten:

Die elektronisch übermittelten Daten dürfen nur zum Zwecke der Angebotserstellung zu dieser Ausschreibung genutzt werden. Eine andere oder weitere Verwendung jeglicher Art ist nicht gestattet.

Anforderung von Ausschreibungsunterlagen in GAEB-Dateiformat DA83:

Bei der Übertragung oder dem Einlesen der Daten übernimmt der Anforderer der GAEB-Datei das alleinige Risiko auf Richtigkeit der Daten. Etwaige Abweichungen zu den Original-Ausschreibungsunterlagen müssen vom Anforderer geprüft werden.

Abgabe eines Angebotes:

Das Angebot muss in digitaler Form nach Vorgaben der "Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes" eingereicht werden.

Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis

Die Einheitspreise umfassen die Entschädigung für alle zur bedingungsmäßigen Herstellung und Vollendung einer abnahmefähigen und gebrauchsfertigen Anlage einschließlich der notwendigen Leistungen und Nebenleistungen in den vorgeschriebenen Lieferzeiten.

Sofern Subunternehmer eingesetzt werden, sind diese anzugeben. Sollen nachträgliche Angaben oder der Wechsel von angegebenen Subunternehmen erfolgen, so ist der Einsatz dieser Subunternehmer von der Zustimmung des AG abhängig.

Für die Anlagen sind unabhängig von der folgenden Leistungsbeschreibung alle Bauteile, die zur vollen Funktionsfähigkeit benötigt werden, zu liefern und einzubauen. Dies gilt insbesondere für eventuell abweichende Ausführungen gleichwertiger Art einzelner Positionen des LVs, bei denen dann alle benötigten Lieferungen und Leistungen zur funktionsfähigen Herstellung mit dem angegebenen Einheitspreis abgegolten sind.

Die Angaben in der Leistungsbeschreibung befreien den Bieter / Auftragnehmer nicht von der Verpflichtung zur genauen Prüfung der für das Angebot und die Ausführung der Bauleistung maßgeblichen Verhältnisse. Unklarheiten im LV hat er vor Angebotsabgabe mit dem AG zu klären.

Bei Widersprüchen im LV gelten die Angaben in den Positionen vor den Angaben in den Vorbemerkungen und beiliegenden Plänen.

Der Bieter prüft die Vollständigkeit seiner erhaltenen Unterlagen (anhand von Inhalts-, Anlagenverzeichnis und Seitenzahlen).

Die angebotenen Geräte und Anlagenteile müssen die vorgegebene Funktionalität der Gesamtanlage gewährleisten. Ebenso sind die vorgegebenen Abmessungen einzuhalten.

Im Leistungsverzeichnis (LV) können Positionen mit den Vorgaben eines Leitfabrikates / -typs, Vorzugsmaterial oder -gerät mit dem Zusatz "oder gleichwertig" angegeben sein. Wird vom Bieter kein Hinweis auf den angebotenen Typ / Fabrikat / Material in der vorgesehenen Zeile vermerkt, dann gilt das Leitfabrikat als angeboten. Zu sämtlichen vom Leitfabrikat abweichenden und im Angebot eingetragenen Fabrikaten / Typen sind bereits mit dem Angebot die technischen Unterlagen abzugeben, die den Nachweis der Gleichwertigkeit darstellen und erkennen lassen.

Alle zur Durchführung der Arbeiten erforderlichen Werkzeuge, Maschinen, Montagehilfsmaterialien, Lager, Baustelleneinrichtungen und Fahrzeuge sind vom AN zu stellen.

Für den Aufbau der Anlagen sind vor Baubeginn Material- und Gerätelisten, Schaltpläne, Klemmenpläne, Konstruktionspläne und Systemzeichnungen dem AG zur Genehmigung vorzulegen.

In die Einheitspreise sind weiterhin die Leistungen für Kleinmaterial wie Schrauben, Dübel, Klemmen usw. einzurechnen.

Es sind genaue Angaben zu machen, welche vorbeugenden Wartungsarbeiten in welchen Zeitabständen durchzuführen sind, um eine möglichst störungsfreie Funktionstüchtigkeit zu gewährleisten.

Der Hersteller muss für die elektrotechnischen Komponenten Unterlagen vorlegen, aus denen erkennbar ist, welche Komponenten im Brandfall bzw. bei Zerstörung der Anlagenteile kritisch sind.

Komponenten, bei deren Verbrennung Dioxine, Furane, Halogene oder PCB entstehen können, müssen dem AG mitgeteilt werden.

Beschreibung der Maßnahme

Für ein Gleichrichterwerk (G UW) der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH in Käfertal ist eine 9-feldrige 20-kV-metall-gekapselte-gasisoliert Mittelspannungsschaltanlage in:

- > Einfachsammschienenführung
- > Gasisolation mit F-Gas freiem Gas
- > Nennspannung 24 kV
- > Betriebsspannung 20 kV
- > Bemessungskurzschlussstrom 16 kA; 1 sec
- > Sammelschienen-Nennstrom 630 A
- > Abzweig-Nennstrom 630 A

mit den erforderlichen Hilfs- und Steuereinrichtungen (Steuer- und Hilfsspannung 60 V DC) anzubieten und frei Baustelle zu liefern. Das Angebot beinhaltet die Lieferung der Mittelspannungsschaltanlage. **Die Anlage muss auf 11-Felder erweiterbar sein.**

Bei allen Lieferungen und Leistungen sind die einschlägigen Vorschriften und Empfehlungen wie BOStrab, VDE, UVV, DIN, VDV, EN unter anderem zu beachten, soweit diese den Bau und die Inbetriebnahme des Bauvorhabens betreffen. Insbesondere müssen die Anforderungen der Unfallverhütungs-vorschrift BGV A3 und die UVV „Arbeiten im Bereich von Gleisen“ beachtet werden. Weiterhin sind die ortspolizeilichen Vorschriften und Auflagen einzuhalten.

Sie ist nach dem neuesten Stand und den anerkannten Regeln der Technik zu erstellen. Insbesondere wird hingewiesen auf:

- Unfallverhütungsvorschriften
- VDE-Vorschriften
- Europannormen, DIN-Normen
- VDEW-Empfehlungen gasisolierte-metallgekapselte-Leistungsschalteranlagen bis 36kV
- Qualitätssicherung nach ISO 9001

Diese Vorgaben sind unbedingt einzuhalten.

Bauablauf und Bauzeiten

Lieferung:

KW 45 / 2027

Allgemeiner Leistungsumfang

Die Einheitspreise umfassen die Entschädigung für alle zur Bedingungsmäßigen Herstellung und Vollendung einer abnahmefähigen und gebrauchsfertigen Anlage einschließlich der notwendigen Leistungen und Nebenleistungen, insbesondere für die zur planmäßigen Durchführung der Arbeiten erforderlichen Mehraufwendungen für Arbeitserschwerungen und evtl. Mehraufwand zur Einhaltung der vorgeschriebenen Ausführungsfristen.

Für die Anlagen sind unabhängig von der folgenden Leistungsbeschreibung aller Bauteile, die zur vollen Funktionsfähigkeit benötigt werden, zu liefern und einzubauen, auch wenn diese nicht im Detail aufgeführt sind. Dies sind insbesondere für eventuell abweichende Ausführungen gleichwertiger Art einzelner Positionen des LV's, bei denen dann alle benötigten Lieferungen und Leistungen zur funktionsfähigen Herstellung mit dem angegebenen Einheitspreis abgegolten sind.

Die angebotenen Geräte und Anlagenteile müssen die vorgegebene Funktionalität der Anlage gewährleisten.

Dem Angebot sind Zeichnungen, Maßbilder, Schnitte, Schaltbilder, Typen-Prüfprotokolle sowie die zur Beurteilung notwendigen Unterlagen beizufügen.

Nach Auftragserteilung sind im Einvernehmen mit der Projektleitung für die technischen Anlagen die genauen Ausführungspläne anzufertigen.

Normen und Richtlinien

Im Nachfolgenden wird auf nationale und internationalen Normen Bezug genommen. Den dort genannten Bestimmungen ist in vollem Umfang zu entsprechen. Die entsprechenden Nachweise sind bei Abgabe des Angebotes vorzulegen.

	IEC / EN Standard
Schaltanlage	62271-1 62271-200
Schaltgeräte	62271-100 62271-102 62271-103 62271-105
Schutzart	60529 62262
Isolation	60071
Messwandler	61869
Isoliergas	62271-4
Aufstellung	61936-1 / EN50522
Betrieb	EN 50110

Der Hersteller der Schaltanlage hat ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem nach EN/ISO 9001.

Dokumentation

Zum Dokumentationsumfang gehören:

- Beschreibung der Anlage
- Inhaltsverzeichnis
- Stromlaufpläne
- Klemmenpläne
- Gerätelisten
- Ausbaupläne
- Technische Datenblätter
- Betriebsanweisungen
- Stücklisten
- Grundriss (Aufstellungsplan)
- Schnitte
- Erdungsplan

Zeichnungen sind entsprechend folgenden DIN-Vorschriften (oder gleichwertigen Vorschriften) auszuführen:

- | | |
|-----------------------|--|
| - DIN 40 713 | Schaltzeichen, Blatt 1-3 |
| - DIN 40 719 Teil 1, | Schaltungsunterlagen, Begriffe und Einteilungen |
| - DIN 40 719 Teil 2, | Schaltungsunterlagen, Kennzeichnung von Betriebs-mitteln |
| - DIN 40 719 Teil 3, | Schaltungsunterlagen, Regeln für Stromlaufpläne |
| - DIN 40 719 Teil 9, | Schaltungsunterlagen, Ausführung von Anschlussplänen |
| - DIN 40 719 Teil 10, | Schaltungsunterlagen, Ausführung von Anschlussplänen |
| - DIN 6 771 Teil 5, | Schaltpläne Format DIN A3 |

Sämtliche Zeichnungen sind vor der Produktion dem AG zur Genehmigung vorzulegen, wodurch jedoch die Gewährleistung des Lieferanten bezüglich der Ausführung, Anordnung und Betriebssicherheit aller Teile nicht beeinflusst wird.

Nach der Inbetriebnahme der Schaltanlage, sind die Revisionspläne innerhalb von 6 Wochen anzufertigen und digital in PDF und DXF oder DWG - Format zu übergeben.

Allgemeine Technische Grunddaten

Lieferung einer kompletten 20-kV-metallgekapselten-gasisolierten-Schaltanlage in Einfachsammschienen-Ausführung Nennstrom 630 A bestehend aus:

- 2 Schaltfeldsystem Einspeisung (Lasttrennschalter)
- 1 Schaltfeldsystem Übergabe (Leistungsschalter mit UMZ-Schutz und Prüfschalter)
- 1 Schaltfeldsystem Messung
- 1 Schaltfeldsystem Hochführung
- 2 Schaltfeldsystem Abgang EB- Trafo (Leistungsschalter mit UMZ-Schutz und Prüfschalter)
- 2 Schaltfeldsystem Abgang Trafo (Leistungsschalter mit UMZ-Schutz und Prüfschalter)

Technische Daten

1. Schaltfeld:

- Betriebsspannung	20 kV
- Bemessungsspannung	24 kV
- Bemessungsfrequenz	50 Hz
- Bemessung-Stehwechselspannung, 1 min	50 kV, eff.
- Bemessung-Stehblitzstoßspannung	125 kV
- Bemessung-Kurzzeitstrom, 1 sek.	16 kA
- Bemessung-Stoßstrom	40 kA
- Nennstrom der Sammelschienen	630 A
- Hilfsspannung	60 VDC
- Schutzgrad unter Hochspannung stehender Teil	IP 65
- Schutzgrad der Betriebs-und Steuerschränke	IP 3x

2. Trenner und Lasttrennschalter

- Betriebsspannung	20 kV
- Bemessungsspannung	24 kV
- Bemessungsfrequenz	50 Hz
- Bemessung-Stehwechselspannung 1 min.	50 kV, eff.
- Bemessung-Stehblitzstoßspannung	125 kV
- Bemessung-Kurzzeitstrom, 1 sek.	16 kA
- Bemessung-Stoßstrom	40 kA
- Nennstrom der Lasttrennschalter	630 A
- Nennstrom der Abgangstrenner	630 A
- Nennspannung der Motorantriebe	60 VDC
- Hilfsschalter Trenner	1 S + 1 Ö
- Hilfsschalter Erder	1 S + 1 Ö

3. Vakuum-Leistungsschalter

- Betriebsspannung	20 kV
- Bemessungsspannung	24 kV
- Bemessungsfrequenz	50 Hz
- Bemessung-Stehwechselspannung 1 min	50 kV, eff.
- Bemessung-Stehblitzstoßspannung	125 kV
- Bemessung-Kurzschlussausschaltstrom, 1 sec.	16 kA
- Bemessung-Stoßstrom	40 kA
- Nennstrom des Leistungsschalters	630 A
- Nennstrom der Abgangsschalter	630 A
- Nennspannung der Motorantriebe	60 VDC
- Arbeitsstromauslöser "EIN" und "AUS"	60 VDC
- Hilfsschalter auf der Schaltwelle	6 S + 6 Ö + 1 W
- Hilfsschalter betätigt durch den Energiespeicher	1 S + 2 Ö + 2 W
- Hilfsschalter betätigt durch mech. "AUS"	2 Ö
- Hilfsschalter betätigt durch mech. "EIN"	1 Ö

Abnahme

Nach Fertigstellung der 20-kV-gasisolierten-Schaltanlage ist eine Werksabnahme im Herstellerwerk durchzuführen.

Eine unentgeltliche Werksabnahme durch den AG ist vorzusehen mit:

- Sichtprüfung
- Funktionsprüfung elektrisch und mechanisch
- Spannungsprüfung der Hilfsstromkreise
- Elektrische Prüfung der Verdrahtung

Ein Übergabeprotokoll und die Erstwertmessergebnisse sind dem AG vorzulegen.

Vor Inbetriebnahme der 20-kV Schaltanlage muss die Betriebs- und Funktionsfähigkeit aller Anlagenteile der Steuer-, Verriegelungs-, Schutz- und Überwachungseinrichtungen durch eine Funktionsprüfung nachgewiesen werden.

Zubehör

- 1 Stück elektronischer Phasenvergleich, Fabr. Pfisterer, zum Phasenvergleich an kapazitiv ausgekoppelten Spannungen von Kabelsteckern und Bauteilen mit integrierten kapazitiven Teilern
- 1 Stück. Betätigungssteckhebel für Lasttrennschalter
- 1 Stück. Betätigungssteckhebel für Erdungskurzschließer
- 1 Stück. Handkurbel oder Hebel zum Spannen der Leistungsschalter
- 2 Stück. Schaltanlagenschlüssel

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

01 Lieferung Mittelspannungsschaltanlage

01.01 Mittelspannungsschaltanlage

1. Schaltfeldsystem Einspeisung (2 Stück):

In einem Schaltfeld (Feld 1) muss ein Erdungskurzschlussanzeiger der Firma Horstmann Typ Sigma D++ mit Messwertgeber eingebaut sein.

In jedem Schaltfeld sind eingebaut:

- Ein Stück Lasttrennschalter (motorgetrieben mit Fernsteuerung)
Nennstrom: 630 A
- Motorgetrieben mit 60VDC (Ort / Fern) mit Hilfsschalter, sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert
- Elektronische Spannungsanzeige Firma Horstmann Typ WEGA 1
- Ort / Fern Umschalter zur Steuerung des Lasttrennschalters
- Abschließvorrichtung für Vorhängeschloss
- Ein Stück Erdungsschalter mit Handbetätigung mit Hilfsschalter sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert

Steuernische für die Klemmen und Automaten des fernsteuerbaren Motorantriebes, auf Klemmen geführten Hilfskontakte (Lasttrenner und Erdungstrenner) und für die Fernübertragung des Erdungskurzschlussanzeigers.

Ausführung der Einspeisefelder nach TAB MVV Netze GmbH

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

2. Schaltfeldsystem Übergabe:

Im Schaltfeld sind eingebaut:

- Ein Stück Leistungsschalter Nennstrom: 630 A mit Federkraftspeicherantrieb
- Mit Motoraufzug und Hand-Notaufzug
- Mit mech. Drucktasten für "EIN"- und "AUS"-Schaltung, abschließbar
- Mit Arbeitsstromauslöser für "EIN"- und "AUS"-Schaltung
- Mit Schalterfallunterdrückung bei gewollter mechanischer Schaltung
- Mit Hilfsschalter, sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert
- Elektronische Spannungsanzeige Firma Horstmann Typ WEGA 2 mit Relaisfunktion
- Doppelkern Kabelumbauwandler 100/1/1 für Schutzgerät (2,5VA Cl. 5P20) und Strommesser (5VA Cl. 0,5FS10)
- Ein Stück Lasttrennschalter Nennstrom 630 A mit Handbetätigung- und Hilfsschalter, sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert
- Ein Stück Erdungsschalter- mit Handbetätigung mit Hilfsschalter, sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert

Niederspannungsraum bestückt mit:

- Schutzgerät (UMZ), Fabr. Siemens SIPROTEC Compact 7SX800
- Schutz-Prüfschalter Fabr. Siemens, Typ 7XV7500-0CA00
- Automaten, mit Hilfsschalter 1S + 1Ö, für die Absicherung der Stromkreise:
- Motorantriebe für Leistungsschalter
- Versorgungsspannung: 60 VDC
- Sonstige Überwachungsgeräte
- Erforderliches Klein-, Klemmen-, Befestigungs- und Verdrahtungsmaterial

Niederspannungsraum komplett ausgebaut mit halogenfreien Kabelkanälen, verdrahtet mit halogenfreien Aderleitungen auf Klemmleisten. Beschriftung sämtlicher Geräte (doppelte Beschriftung -Gerät und Einbauort), Klartextbeschriftung der Sicherungen und Automaten sowie Schrankbeschriftung.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

3. Schaltfeldsystem Messung (luftisoliert):

- Sechs Stück Kugelerdungsanschlusspunkte D=20mm
- Lochblech im Schaltraumboden um das Eindringen von Fremdkörpern zu verhindern
- Die Verrechnungswandler für Spannung und Strom sind mitzuliefern:

Spannungswandler (3 Stück):

einpolig isolierter Spannungswandler
 gießharzisiert, für Innenraum
 Typ: EGSES24D
 schmale Bauform gemäß DIN VDE 42600 Teil 9
 Massbild: 483006 Ez
 Norm: DIN EN 61869-3
 Isolationsniveau: 24/50/125 kV
 Frequenz: 50 Hz
 Übersetzung: 20.000:V3 // 100:V3 / 100:V3 / 100:3 Volt
 Wicklung 1: 10 VA; Kl. 0,5 mit Zulassung
 Wicklung 2: 10 VA; Kl. 0,2
 Wicklung 3: 100 VA; Kl. 6P (da-dn); 6A(th)
 Spannungsfaktor: 1,9xUn - 8h

Stromwandler (3 Stück):

EGSWS24 Größe 1, Stützerstromwandler
 Mittelspannungs-Innenraumanwendungen
 schmale Bauform gemäß DIN VDE 42600 Teil 8
 Produktart: Stromwandler
 Bauart-Zusätze: Stützfunktion
 Maßbild: MB4.3791
 Norm: IEC 61869-2
 Isolationsniveau: 24/50/125 kV
 Aufstellungshöhe: ≤ 1000 m
 Umgebungstemperatur: -5°C/+40°C
 Isolierstoffklasse: E
 Frequenz: 50 Hz
 Übersetzung: 100 // 5 / 5 / 5 A
 Kern 1: 10 VA; Kl. 0,5S FS5 mit Zulassung
 Kern 2: 10 VA; Kl. 0,2 FS5
 Kern 3: 5 VA; Kl. 5P 20
 I_{th} = 16 kA/1s
 I_{dyn} = 2,5 x I_{th}
 I_{cth} = 1,0 x I_n

- Alle Wandler müssen zusätzlich sichtbar geerdet werden

Ausführung des Messfeldes nach TAB MVV Netze GmbH

4. Schaltfeldsystem Hochführung:

In Schaltfeld sind eingebaut:

- Elektronische Spannungsanzeige Firma Horstmann Typ WEGA 1

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

5. Schaltfeldsystem Abgangsschaltfeld EB-Trafo:

Im Schaltfeld sind eingebaut:

- Ein Stück Leistungsschalter Nennstrom: 630 A mit Federkraftspeicherantrieb
- Mit Motoraufzug und Hand-Notaufzug
- Mit mech. Drucktasten für "EIN"- und "AUS"-Schaltung, abschließbar
- Mit Arbeitsstromauslöser für "EIN"- und "AUS"-Schaltung
- Mit Schalterfallunterdrückung bei gewollter mechanischer Schaltung
- Mit Hilfsschalter, sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert
- Elektronische Spannungsanzeige Firma Horstmann Typ WEGA 2 mit Relaisfunktion
- Doppelkern Kabelumbauwandler 100/1/1 für Schutzgerät (2,5VA Cl. 5P20) und Strommesser (5VA Cl. 0,5FS10)
- Ein Stück Lasttrennschalter Nennstrom 630 A mit Handbetätigung- und Hilfsschalter, sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert
- Ein Stück Erdungsschalter- mit Handbetätigung mit Hilfsschalter, sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert

Niederspannungsraum bestückt mit:

- Schutzgerät (UMZ), Fabr. Siemens SIPROTEC Compact 7SX800
- Schutz-Prüfschalter Fabr. Siemens, Typ 7XV7500-0CA00
- Automaten, mit Hilfsschalter 1S + 1Ö, für die Absicherung der Stromkreise:
- Motorantriebe für Leistungsschalter
- Versorgungsspannung: 60 VDC
- Sonstige Überwachungsgeräte
- Erforderliches Klein-, Klemmen-, Befestigungs- und Verdrahtungsmaterial

Niederspannungsraum komplett ausgebaut mit halogenfreien Kabelkanälen, verdrahtet mit halogenfreien Aderleitungen auf Klemmleisten. Beschriftung sämtlicher Geräte (doppelte Beschriftung -Gerät und Einbauort), Klartextbeschriftung der Sicherungen und Automaten sowie Schrankbeschriftung.

6. Schaltfeldsystem Abgangsschaltfelder Glr.-Trafo:

Im Schaltfeld sind eingebaut:

- Ein Stück Leistungsschalter Nennstrom: 630 A mit Federkraftspeicherantrieb
- Mit Motoraufzug und Hand-Notaufzug
- Mit mech. Drucktasten für "EIN"- und "AUS"-Schaltung, abschließbar
- Mit Arbeitsstromauslöser für "EIN"- und "AUS"-Schaltung
- Mit Schalterfallunterdrückung bei gewollter mechanischer Schaltung
- Mit Hilfsschalter, sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert
- Elektronische Spannungsanzeige Firma Horstmann Typ WEGA 2 mit Relaisfunktion
- Doppelkern Kabelumbauwandler 100/1/1 für Schutzgerät (2,5VA Cl.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

5P20) und Strommesser (5VA Cl. 0,5FS10)

- Ein Stück Lasttrennschalter Nennstrom 630 A mit Handbetätigung- und Hilfsschalter, sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert

- Ein Stück Erdungsschalter- mit Handbetätigung mit Hilfsschalter, sonst wie in der Ausführung Schaltanlage ausführlich erläutert

Niederspannungsraum bestückt mit:

- Schutzgerät (UMZ), Fabr. Siemens SIPROTEC Compact 7SX800

- Schutz-Prüfschalter Fabr. Siemens, Typ 7XV7500-0CA00

- Automaten, mit Hilfsschalter 1S + 1Ö, für die Absicherung der Stromkreise:

- Motorantriebe für Leistungsschalter

- Versorgungsspannung: 60 VDC

- Sonstige Überwachungsgeräte

- Erforderliches Klein-, Klemmen-, Befestigungs- und Verdrahtungsmaterial

Niederspannungsraum komplett ausgebaut mit halogenfreien Kabelkanälen, verdrahtet mit halogenfreien Aderleitungen auf Klemmleisten. Beschriftung sämtlicher Geräte (doppelte Beschriftung -Gerät und Einbauort), Klartextbeschriftung der Sicherungen und Automaten sowie Schrankbeschriftung.

Ausführungsbeschreibung 1

20-kV-gasisolierte-Mittelspannungsschaltanlage

Aufstellung und Ausführung der Mittelspannungsschaltanlage:

1. Aufstellung

Die Aufstellung der gasisolierten-20kV-Mittelspannungs-Schaltanlage erfolgt direkt an der Gebäudewand in einer Reihe verlaufend mit Kabeleinführung von unten. Die Bedienung aller Schaltelemente muss von der Schaltanlagenfront erfolgen.

2 Ausführung Schaltanlage

- Metallgekapselte, gasisolierte-20kV-Mittelspannungs-Schaltanlage mit berührungssicherer und geerdeter Kapselung in fabrikfertiger Bauweise mit einzelnen Feldern für freistehende Aufstellung im Schaltanlagenraum, Typ - und Stückgeprüft (Blocklieferung ist möglich).

- Gasisolation mit F-Gas freiem Gas.

- Druckausgleich nach unten in den Doppelboden.

- Es ist eine dreipolige oder einpolige Kapselung der Geräte und Sammelschienen zugelassen.

- Die elektrische Verbindung zum Messfeld kann als Sammelschiene

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

oder Kabelverbindung ausgeführt sein.

- Hochspannungsräume metallgeschottet, hermetisch Dicht verschweißter Anlagenbehälter aus Edelstahl inkl. eingeschweißter Durchführungen.

- Die Gasschottisolatoren müssen so ausgebildet sein, dass sie den vollen Gasdruck auf der einen Seite und Vakuum auf der anderen Seite aushalten.

- Um einen einwandfreien Betrieb bei Undichtigkeit eines Gasraumes zu erreichen, muss bei Druckausgleich (Atmosphärendruck) die volle Betriebsspannung gehalten werden.

- Jeder Schottabschnitt der Schaltanlage ist mit Druckentlastungseinrichtungen vorzusehen, die ein Bersten der Kapselung infolge eines inneren Lichtbogenfehlers sicher verhindert. Ferner ist zu bestätigen, dass die verwendeten Druckentlastungen nicht altern.

- Die Schottabschnitte der Schaltanlage sind so auszustatten, dass alle Kontroll- und Wartungsarbeiten sowie das Entnehmen von Gasproben bzw. das Nachfüllen von Gas problemlos während des Betriebes vorgenommen werden kann.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

- Es muss der Nachweis erbracht werden, dass Störlichtbögen, die innerhalb der Anlage auftreten, durch Druckentlastungen für jeden Schottraum beherrscht werden und dass das Bedienungspersonal, das sich seitlich und vor der Schaltanlage aufhält, geschützt ist.
- Es muss eine einfache Druckberechnung auf Grundlage der Gebäudegeometrie durchgeführt werden.
- Für die Überwachung der Gasschotträume sind Dichtewächter zu verwenden, die mindestens zwei Kontakte besitzen.
- Kabelanschlüsse sind mit Endverschlusssystem Fabrikat Pfisterer oder Kabel und Draht zu versehen.
- Verwendung von Ringkernwandlern außerhalb der Kapselung.

3. Ausführung Leistungsschalter

Es ist ein Vakuum-Leistungsschalter mit Federkraftspeicher-Antrieb einzusetzen. Das Spannen des Federkraftspeichers muss mit Handkurbel und Motor möglich sein.

Der Leistungsschalter muss für folgende Schaltbedingungen ausgelegt sein:

- Schalten des Klemmkurzschlusses
- Schalten von kleinen Strömen (Leerlaufstrom eines Trafos)
- Schalten von kleinen kapazitiven Strömen (Ladestrom der leerlaufenden Kabel)

Ferner muss der Leistungsschalter noch folgenden Bedingungen genügen:

Steht ein Ausbefehl an, so kann der Leistungsschalter nicht zugeschaltet werden (Pumpverhütung).

Leistungsschalter:

Hersteller: '.....'

Typ: '.....'

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

4. Ausführung Lasttrenn-, Trenner- und Erdungsschalter

Die Trenner müssen so ausgebildet sein, dass die beim Zuschalten einer spannungslosen Sammelschiene auftretenden Ausgleichs-Vorgänge einwandfrei beherrscht werden. Es wird ferner vorausgesetzt, dass die Antriebskinematik so ausgeführt ist, dass der Trenner im ein, als auch im ausgeschalteten Zustand durch eine Totpunktverriegelung verklinkt ist.

Alle Mittelspannungsgeräte wie Lasttrennschalter, Trenner, Erder, Leistungsschalter müssen Hilfsschalter enthalten, die so ausgebildet sind, dass keine Hilfsschütze erforderlich werden. Im Angebot sind die zur Verfügung stehenden Hilfsschalter getrennt nach Öffnern und Schließen bzw. Wischern anzugeben.

Die Hilfsschalterantriebe müssen so ausgebildet sein, dass eine exakte Stellungsmeldung gegeben ist. Dies bedeutet, dass eine Meldung erst kurz vor oder nach dem Erreichen des Totpunktes abgesetzt werden darf. Ferner wird vorausgesetzt, dass der Antrieb der Hilfsschalter kraftschlüssig mit dem Antrieb des betreffenden Gerätes verbunden ist.

Die mechanischen Stellungsanzeiger der einzelnen Antriebe sind kraftschlüssig mit dem Antrieb zu verbinden. Die Anzeige muss gut vom Bedienungs- bzw. Kontrollgang aus sichtbar sein.

5. Verriegelung innerhalb eines Abzweiges

Die Verriegelung des Erders gegenüber dem Trenner ist derart auszuführen, dass eine Ein- bzw. Ausschaltung des Erders nur bei offenem Trenner möglich ist. Bei eingeschaltetem Erder darf eine Betätigung des Trenners nicht möglich sein.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

6. Ausführung des Niederspannungsraumes und der Verdrahtung

Im Niederspannungsraum des Schaltfeldes müssen untergebracht sein:

- UMZ-Schutz für das Trafoabgangsschaltfeld, Fa. Siemens, Typ SIPROTEC Compact 7SX800
- Schutz-Prüfschalter Fa. Siemens, Typ 7XV75
- Alle weiteren Überwachungsgeräte wie Sicherungen.

Die halogenfreie Verdrahtung und Anordnung der Klemmen und Schalt- und Steuergeräte hat in halogenfreien Kanälen zu erfolgen.

7. Überstromzeitschutz ungerichtet

Der Überstromzeitschutz soll mittels phasenselektiver Messung der drei Leiterströme und des Erdstromes (4 Stromwandler) erfolgen.

Harmonische Anteile sollen nicht bewertet werden. Beim Zuschalten auf einen Kurzschluss soll optional eine Schnellabschaltung erfolgen. Der Überstromzeitschutz muss sich über Binäreingaben blockieren lassen.

- zwei stromunabhängige Überstromzeitschutzstufen Phase/Erde (UMZ)
- empfindliche Erdstromerfassung 3 mA bis 1,4A
- inverse Überstromzeitschutzkennlinien Phase/Erde (AMZ) nach IEC
- normal abhängig (inverse)
- stark abhängig (very inverse)
- extrem abhängig (extremely inverse)
- langzeit abhängig (long inverse)
- inverse Überstromzeitschutzkennlinien Phase/Erde (AMZ) nach ANSI
- inverse (normal abhängig)
- short inverse (kurz abhängig)
- long inverse (lang abhängig)
- moderately inverse (mäßig abhängig)
- very inverse (stark abhängig)
- extremely inverse (extrem abhängig)
- definite inverse (gleichmäßig abhängig)
- Nachbildung elektromechanischer Relais nach ANSI C37.112
- Rückwärtige Verriegelung
- Schnellabschaltung bei Zuschalten auf einen Kurzschluss
- Inrushunterdrückung (2. Harmonische) mit Crossblock für je eine ungerichtete UMZ-Stufe

Es ist ein UMZ- Schutz für Feldeinbau der Fa. Siemens Typ: SIPROTEC Compact 7SX800 zu liefern.

Position	Beschreibung	Menge	Einh	EP	GP
----------	--------------	-------	------	----	----

8. Auslösekreisüberwachung

- Überwachung der Auslösespule und der Anschlussverdrahtung.

9. Prüfschalter

Es ist ein Prüfschalter für Feldeinbau der Fa. Siemens Typ: 7XV75 zu liefern.

Hilfsspannung: 60 V DC, Toleranz: + 10 %

01.01.0001

Mittelspannungsschaltanlage

1 St

01.01 Mittelspannungsschaltanlage

01 Lieferung Mittelspannungsschaltanlage

Zusammenstellung

01.01	Mittelspannungsschaltanlage
01	Lieferung Mittelspannungsschaltanlage
Summe (ohne MwSt)	
zzgl. MwSt %		<u>.....</u>
Gesamtsumme		<u>.....</u>

Inhaltsverzeichnis

01	Lieferung Mittelspannungsschaltanlage.....	10
01.01	Mittelspannungsschaltanlage.....	10

Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen (AEB Liefer- und Werkleistungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern und Lieferanten („Auftragnehmer“). Die AEB Liefer- und Werkleistungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.

(2) Die AEB Liefer- und Werkleistungen gelten insbesondere für Verträge über den Einkauf und/oder die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“) an die rnv-Gruppe, ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Ware selbst herstellt oder bei Zulieferern einkauft (§§ 433, 650 BGB). Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB Liefer- und Werkleistungen in der zum Zeitpunkt unserer Bestellung gültigen bzw. jedenfalls in der zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten.

(3) Diese AEB Liefer- und Werkleistungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn der Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsbestätigung auf seine AGB verweist und wir dem nicht ausdrücklich widersprechen.

(4) Individuelle Vereinbarungen (z. B. Rahmenlieferverträge, Qualitätssicherungsvereinbarungen) und Angaben in unserer Bestellung haben Vorrang vor den AEB Liefer- und Werkleistungen. Handelsklauseln sind im Zweifel gemäß den von der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) herausgegebenen Incoterms® in der bei Vertragsschluss gültigen Fassung auszulegen.

(5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Auftragnehmers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Rücktritt) sind schriftlich abzugeben. Schriftlichkeit im Sinne dieser AEB Liefer- und Werkleistungen schließt Schrift- und Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax) ein. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden, bleiben unberührt.

(6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB Liefer- und Werkleistungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

§ 2 Vertragsschluss

(1) Unsere Bestellung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.

(2) Der Auftragnehmer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 1 Woche schriftlich zu bestätigen oder insbesondere durch Versendung der Ware vorbehaltlos auszuführen (Annahme).

§ 3 Lieferzeit und Verzug

(1) Die von uns in der Bestellung angegebene Lieferzeit ist bindend. Wenn die Lieferzeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, beträgt sie 2 Wochen ab Vertragschluss. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Lieferzeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.

(2) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Lieferzeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 3 bleiben unberührt.

(3) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugsschadens in Höhe von 1 % des Nettopreises pro vollendeter Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des jeweiligen Auftragswerts. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt

der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

§ 4 Leistung, Lieferung, Gefahrübergang, Annahmeverzug

(1) Der Auftragnehmer ist ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, die von ihm geschuldete Leistung durch Dritte (z. B. Subunternehmer) erbringen zu lassen. Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für seine Leistungen, wenn nicht im Einzelfall etwas anderes vereinbart ist (z. B. Beschränkung auf Vorrat).

(2) Die Lieferung erfolgt innerhalb Deutschlands „frei Haus“ an den in der Bestellung angegebenen Ort. Ist der Bestimmungsort nicht angegeben und nichts anderes vereinbart, so hat die Lieferung an unseren Geschäftssitz in Mannheim, Möhlstraße 27, zu erfolgen. Der jeweilige Bestimmungsort ist auch der Erfüllungsort für die Lieferung und eine etwaige Nacherfüllung (Bringschuld).

(3) Der Lieferung ist ein Lieferschein unter Angabe von Datum (Ausstellung und Versand), Inhalt der Lieferung (Artikelnummer und Anzahl) sowie unserer Bestellkennung (Datum und Nummer) beizulegen. Fehlt der Lieferschein oder ist er unvollständig, so haben wir hieraus resultierende Verzögerungen der Bearbeitung und Bezahlung nicht zu vertreten. Getrennt vom Lieferschein ist uns eine entsprechende Versandanzeige mit dem gleichen Inhalt zuzusenden.

(4) Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Sache geht mit Übergabe am Erfüllungsort auf uns über. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, ist diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend. Der Übergabe bzw. Abnahme steht es gleich, wenn wir uns im Annahmeverzug befinden.

(5) Für den Eintritt unseres Annahmeverzuges gelten die gesetzlichen Vorschriften. Der Auftragnehmer muss uns seine Leistung aber auch dann ausdrücklich anbieten, wenn für eine Handlung oder Mitwirkung unsererseits (z. B. Beistellung von Material) eine bestimmte oder bestimmbare Kalenderzeit vereinbart ist. Geraten wir in Annahmeverzug, so kann der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Vorschriften Ersatz seiner Mehraufwendungen verlangen (§ 304 BGB). Betrifft der Vertrag eine vom Auftragnehmer herzustellende, unvertretbare Sache (Einzelfertigung), so stehen dem Auftragnehmer weitergehende Rechte nur zu, wenn wir uns zur Mitwirkung verpflichtet und das Unterbleiben der Mitwirkung zu vertreten haben.

§ 5 Höhere Gewalt

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, Pandemien, behördliche Maßnahmen und sonstige für uns unabwendbare, nicht von uns schuldhaft herbeigeführte vergleichbare Ereignisse berechtigen uns – unbeschadet unserer sonstigen Rechte –, die Annahme/Abnahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen oder, soweit sie nicht von unerheblicher Dauer sind und eine erhebliche Verringerung unseres Bedarfes zur Folge haben, ganz oder teilweise vom Vertrag zurückzutreten.

§ 6 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall

(1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Lieferung oder die Fertigstellung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder einzutreten droht.

(2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Die Beendigung erfolgt im Falle von Dauerschuldverhältnissen durch Kündigung, andernfalls durch Rücktritt vom Vertrag. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

§ 7 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

(1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis die jeweils für ihn maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Insbesondere sind alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United

Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden:

<https://www.globalcompact.de/de/ueber-uns/Dokumente-Ueber-uns/DIE-ZEHN-PRINZIPIEN-1.pdf>

(2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.

(3) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.

(4) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitrachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.

(5) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß § 6 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.

(6) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 5 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.

(7) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren

§ 8 Preise und Zahlungsbedingungen

(1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich einschließlich gesetzlicher Umsatzsteuer, wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.

(2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers (z. B. Montage, Einbau) sowie alle Nebenkosten (z. B. ordnungsgemäße Verpackung, Transportkosten einschließlich eventueller Transport- und Haftpflichtversicherung, Zoll) ein.

(3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger vertragsgemäßer Lieferung und Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Auftragnehmer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.

(4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

§ 9 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung

(1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.

(2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.

(3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.

(4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

§ 10 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt

(1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst nach unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.

(2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist. Besondere Geheimhaltungsvereinbarungen und gesetzliche Regelungen zum Geheimnisschutz bleiben hiervon unberührt.

(3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer zur Herstellung beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

(4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen. Das Gleiche gilt bei Weiterverarbeitung der gelieferten Ware durch uns, so dass wir als Hersteller gelten und spätestens mit der Weiterverarbeitung nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften Eigentum am Produkt erwerben.

(5) Die Übereignung der Ware auf uns hat unbedingt und ohne Rücksicht auf die Zahlung des Preises zu erfolgen. Nehmen wir jedoch im Einzelfall ein durch die Kaufpreiszahlung bedingtes Angebot des Auftragnehmers auf Übereignung an, erlischt der Eigentumsvorbehalt des Auftragnehmers spätestens mit Kaufpreiszahlung für die gelieferte Ware. Wir bleiben im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor Kaufpreiszahlung zur Weiterveräußerung der Ware unter Vorausabtretung der hieraus entstehenden Forderung ermächtigt (hilfsweise Geltung des einfachen und auf den Weiterverkauf verlängerten Eigentumsvorbehalts). Ausgeschlossen sind damit jedenfalls alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

§ 11 Gewährleistungsansprüche

(1) Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängeln der Ware (einschließlich Falsch- und Minderlieferung sowie unsachgemäßer Montage/Installation oder mangelhafter Anleitungen) und bei sonstigen Pflichtverletzungen durch den Auftragnehmer gelten die gesetzlichen Vorschriften und, ausschließlich zu unseren Gunsten, die nachfolgenden Ergänzungen und Klarstellungen.

(2) Nach den gesetzlichen Vorschriften haftet der Auftragnehmer insbesondere dafür, dass die Ware bei Gefahrübergang auf uns die vereinbarte Beschaffenheit hat. Als Vereinbarung über die Beschaffenheit gelten jedenfalls diejenigen Produktbeschreibungen, die – insbesondere durch Bezeichnung oder Bezugnahme in unserer Bestellung – Gegenstand des jeweiligen Vertrages sind oder in gleicher Weise wie diese AEB Liefer- und Werkleistungen in den Vertrag einbezogen wurden. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Produktbeschreibung von uns, vom Auftragnehmer oder vom Hersteller stammt.

(3) Bei Waren mit digitalen Elementen oder sonstigen digitalen Inhalten schuldet der Verkäufer die Bereitstellung und Aktualisierung der digitalen Inhalte jedenfalls insoweit, als sich dies aus einer Beschaffungsvereinbarung gemäß Abs. 2 oder sonstigen Produktbeschreibungen des Herstellers oder in seinem Auftrag, insbesondere im Internet, in der Werbung oder auf dem Warenetikett, ergibt. Ergänzend gilt § 475b BGB.

(4) Zu einer Untersuchung der Ware oder besonderen Erkundigungen über etwaige Mängel sind wir bei Vertragsschluss nicht verpflichtet. Teilweise abweichend von § 442 Abs. 1 S. 2 BGB stehen uns Mängelansprüche daher uneingeschränkt auch dann zu, wenn uns der Mangel bei Vertragsschluss infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist. .

(5) Für die kaufmännische Untersuchungs- und Rügepflicht gelten die gesetzlichen Vorschriften (§§ 377, 381 HGB) mit folgender Maßgabe: Unsere Untersuchungspflicht beschränkt sich auf Mängel, die bei unserer Wareneingangskontrolle unter äußerlicher Begutachtung einschließlich der Lieferpapiere offen zu Tage treten (z. B. Transportbeschädigungen, Falsch- und Minderlieferung) oder bei unserer Qualitätskontrolle im Stichprobenverfahren erkennbar sind. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, besteht keine Untersuchungspflicht. Im Übrigen kommt es darauf an, inwieweit eine Untersuchung unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nach ordnungsgemäßigem Geschäftsgang tunlich ist. Unsere Rügepflicht für später entdeckte Mängel bleibt unberührt. Unbeschadet unserer Untersuchungspflicht gilt unsere Rüge (Mängelanzeige) jedenfalls dann als unverzüglich und rechtzeitig, wenn sie innerhalb von 5 Arbeitstagen ab Entdeckung bzw., bei offensichtlichen Mängeln, ab Lieferung abgesendet wird.

(6) Mit dem Zugang unserer schriftlichen Mängelanzeige beim Auftragnehmer ist die Verjährung von Gewährleistungsansprüchen gehemmt, bis der Auftragnehmer unsere Ansprüche ablehnt oder den Mangel für beseitigt erklärt oder sonst die Fortsetzung von Verhandlungen über unsere Ansprüche verweigert. Bei Ersatzlieferung und Mängelbeseitigung beginnt die Gewährleistungsfrist für ersetzte und nachgebesserte Teile erneut, es sei denn, wir mussten nach dem Verhalten des Auftragnehmers davon ausgehen, dass dieser sich nicht zu der Maßnahme verpflichtet sah, sondern die Ersatzlieferung oder Mängelbeseitigung nur aus Kulanzgründen oder ähnlichen Gründen vornahm.

(7) Zur Nacherfüllung gehört auch der Ausbau der mangelhaften Ware und der erneute Einbau, sofern die Ware ihrer Art und ihrem Verwendungszweck gemäß in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht wurde, bevor der Mangel offenbar wurde; unser gesetzlicher Anspruch auf Ersatz entsprechender Aufwendungen (Aus- und Einbaukosten) bleibt unberührt. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sowie ggf. Aus- und Einbaukosten, trägt der Auftragnehmer auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Schadensersatzhaftung bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt; insoweit haften wir jedoch nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag.

(8) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte und der Regelungen in Abs. 5 gilt: Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung – nach unserer Wahl durch Beseitigung des Mangels (Nachbesserung) oder durch Lieferung einer mangelfreien Sache (Ersatzlieferung) – innerhalb einer von uns gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, so können wir den Mangel selbst beseitigen und vom Auftragnehmer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen. Ist die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer fehlgeschlagen oder für uns unzumutbar (z. B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen werden wir den Auftragnehmer unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.

(9) Im Übrigen sind wir bei einem Sach- oder Rechtsmangel nach den gesetzlichen Vorschriften zur Minderung des Kaufpreises oder zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt. Außerdem haben wir nach den gesetzlichen Vorschriften Anspruch auf Schadens- und Aufwendungsersatz.

§ 12 Produzentenhaftung

(1) Ist der Auftragnehmer für einen Produktschaden verantwortlich, hat er uns insoweit von Ansprüchen Dritter freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.

(2) Im Rahmen seiner Freistellungsverpflichtung hat der Auftragnehmer Aufwendungen gem. §§ 683, 670 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer Inanspruchnahme Dritter einschließlich von uns durchgeführter Rückrufaktionen ergeben. Über Inhalt und Umfang von

Rückrufmaßnahmen werden wir den Auftragnehmer – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Weitergehende gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.

§ 13 Haftpflichtversicherung

(1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potentiell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert, sicherstellen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.

(2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Dem Auftraggeber sind auf Verlangen Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, hat der Auftraggeber ein Zurückbehaltungsrecht.

§ 14 Schutzrechte

(1) Der Auftragnehmer steht nach Maßgabe dieses Abs. 1 dafür ein, dass durch von ihm gelieferte Produkte keine Schutzrechte Dritter in Ländern der Europäischen Union oder anderen Ländern, in denen er die Produkte herstellt oder herstellen lässt, verletzt werden. Er ist verpflichtet, uns von allen Ansprüchen freizustellen, die Dritte gegen uns wegen einer solchen Verletzung von gewerblichen Schutzrechten erheben, und uns alle notwendigen Aufwendungen im Zusammenhang mit dieser Inanspruchnahme zu erstatten. Dies gilt nicht, soweit der Auftragnehmer nachweist, dass er die Schutzrechtsverletzung weder zu vertreten hat noch bei Anwendung kaufmännischer Sorgfalt zum Zeitpunkt der Lieferung hätte kennen müssen.

(2) Unsere weitergehenden gesetzlichen Ansprüche wegen Rechtsmängeln der an uns gelieferten Produkte bleiben unberührt.

§ 15 Verjährung

(1) Die wechselseitigen Ansprüche der Vertragsparteien verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

(2) Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die allgemeine Verjährungsfrist für Mängelansprüche 3 Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, beginnt die Verjährung mit der Abnahme. Die 3-jährige Verjährungsfrist gilt entsprechend auch für Ansprüche aus Rechtsmängeln, wobei die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter (§ 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB) unberührt bleibt; Ansprüche aus Rechtsmängeln verjähren darüber hinaus in keinem Fall, solange der Dritte das Recht – insbesondere mangels Verjährung – noch gegen uns geltend machen kann.

(3) Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerung gelten – im gesetzlichen Umfang – für alle vertraglichen Mängelansprüche. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung (§§ 195, 199 BGB), wenn nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt.

§ 16 Rechtswahl und Gerichtsstand

(1) Für diese AEB Liefer- und Werkleistungen und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.

(2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Lieferverpflichtung gemäß diesen AEB Liefer- und Werkleistungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

[Neubau GUV Rebenstraße/GUV Wendeschleife – hier: Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude]
[018-26-EK7]

Angebotsschreiben

Name und Anschrift des Bieters/der Bietergemeinschaft

Betreff: **[Neubau GUV Rebenstraße/GUV Wendeschleife –**
hier: Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude] [018-26-EK7]

Hiermit unterbreiten wir Ihnen das nachfolgende Angebot für

☐ Los 1 – Mittelspannungsschaltanlage

☐ Los 2 – Betongebäude

an das wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist am [24.07.2026] gebunden halten.

Wir haben unser Angebot ausschließlich auf Grundlage der Angaben der Vergabeunterlagen erstellt.

1. Angebotsinhalt

Bestandteile unseres Angebotes (Vertragsbestandteile), an das wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden halten, sind neben diesem Angebotsschreiben folgende Unterlagen:

Vertragsbestandteil	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlage	Vom Bieter ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen
Leistungsverzeichnis und Leistungsbeschreibung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allgemeine Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen (gilt nur für Los 2)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Besondere Vertragsbedingungen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
rnv Datenschutzinformationen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Angebotsschreiben	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

[Neubau GUV Rebenstraße/GUV Wendeschleife – hier: Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude]
[018-26-EK7]

B.I.1. – Bietergemeinschafts- erklärung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (bei Bedarf)
B.II.1. – Allgemeine Angaben zum Unternehmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
B.IV.1. – Eigenerklärung Ausschlussgründe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (nur bei Eignungsleihe/BIGE)
B.IX.1 – Verpflichtungserklärung von qualifizierten Nachunternehmer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (nur bei Eignungsleihe)
Ausgefülltes Preisblatt/LV	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Eigenerklärung EU-Russland- Sanktionen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Das Leistungssoll wird abschließend und ausschließlich in den vorbenannten Vertragsbestandteilen bestimmt. Weitere im Vergabeverfahren zur Verfügung gestellte Unterlagen oder Informationen enthalten keine Konkretisierung der zu erbringenden Leistungen.

2. Ansprechpartner

Als vertretungsberechtigten Ansprechpartner benennen wir:

Name	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail-Adresse	

3. Umsatzsteuernummer und Bankverbindung

Umsatzsteuer-Nr.	
Bankverbindung	
Kontoinhaber	
IBAN	
BIC	

Wird das Angebot von einer Bietergemeinschaft erstellt, bitte die Daten des für die Rechnungsstellung und den Zahlungsempfang festgelegten Unternehmens eintragen.

4. Preisangebot

Wir bieten die in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistungen zu den von uns im

**[Neubau GUV Rebenstraße/GUV Wendeschleife – hier: Mittelspannungsschaltanlage
und Betongebäude
[018-26-EK7]]**

Preisblatt

eingesetzten Preisen an.

Mit Annahme dieses Angebots durch den Auftraggeber kommt der Vertrag zustande.

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Name des Ausstellers dieser Erklärung) für (Firmenname und Rechtsform)

**Neubau GUV Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude**

018-26-EK7

Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Name des geschäftsführenden Unternehmens		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Neubau GUW Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude**

018-26-EK7

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [1]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Neubau GUW Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude**

018-26-EK7

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [2]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Neubau GUW Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude**

018-26-EK7

Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [3]		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Neubau GUW Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude**

018-26-EK7

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

**Neubau GUW Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude**

018-26-EK7

Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB

**[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer
Bietergemeinschaft]**

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft]

[Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in der Plattform hochladen.]

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

**Neubau GUW Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude**

018-26-EK7

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Unterschrift:

(Name des erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Neubau GUW Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude

018-26-EK7

Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbieters

Name des Bieters		
Rechtsform		
Anschrift		
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister: Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

(Firmenname und Rechtsform)

Neubau GUW Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude

018-26-EK7

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

**- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder
Eignungsleihe auszufüllen -**

Hinweis: Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bieters (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bieters/des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB**Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
 - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
 - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
 - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
 - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

oder

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB**Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)**Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bietergemeinschaft:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Neubau GUW Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude

018-26-EK7

Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

Hinweis: Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und Referenzen auszufüllen.

Sofern der Bieter mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name des qualifizierten Nachunternehmers	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u> Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bieter / der Bietergemeinschaft

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bieter zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:

(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)

Unterschrift:

(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Neubau GUV Wendeschleife - hier:
Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

- ☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).
- ☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmer beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18
10117 Berlin

Postanschrift
11014 Berlin

Tel +49 30 18 681-16882

Fax +49 30 18 681-516882

BW17@bmi.bund.de
www.bmwsb.bund.de

Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576

BW17-70409/2#1

Berlin, 14. April 2022

Seite 1 von 3

I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022
Formblatt für Eigenerklärungen

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur)

19.05.2026

Verfahren: 018-26-EK7 - Neubau GUW Wendeschleife - hier: Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	LOS Gebäude Wendeschleife Los 1	EUR
---	---------------------------------	-----------

Leistungsart: Lieferleistung
Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
Klassifizierung: Mittelspannungsanlagen (31682300-3)
Bau von Unterwerken (45232220-0)

Herstellung und Lieferung eines Gleichrichterunterwerkes als monolithisches Betonfertiggebäude aus Stahlbeton in typgeprüfter Ausführung nach DIN EN 62271-202.

1.15 Beschreibung der Baumaßnahme

Beschreibung der Baumaßnahme

Die neue Gleichrichterstation befindet sich im Betriebshof Käfertal zwischen der Wendeschleife und einer bestehenden Lagerhalle. Eine Baugrunduntersuchung erfolgt durch den AG und liegt der Ausschreibung bei. Die Aufstellung des Gebäudes wird im Zuge der Baumaßnahme „Neubau des Betriebshofs Käfertal“ erfolgen. Die Montageplanung des Gebäudes muss in Abstimmung mit der zuständigen Bauüberwachung des AG erfolgen. Die behördlichen Erfordernisse für Transporte und Montage sind einzukalkulieren.

Die funktionale Leistungsbeschreibung dient zur Herstellung des Gleichrichterunterwerkes in Käfertal, als monolithisches Betonfertiggebäude aus Stahlbeton in typgeprüfter Ausführung nach DIN EN 62271-202.

- 1.16 Lage des Gebäudes**
Lage des Gebäudes
Die neue Gleichrichterstation befindet sich unterhalb der Wendeschleife des Betriebshofs Käfertal.
Den Unterlagen liegen ein Grundriss - und Lageplan bei.
- 1.17 Bauablauf und Bauzeiten**
Bauablauf und Bauzeiten
Baubeginn Tiefbau: KW 26 / 2027
Bauende Tiefbau spätestens : KW 39 / 2027
Aufstellen des Gebäudes: KW 45 / 2027
Fertigstellung des Gebäudes: KW 48/ 2027
Abnahme des Gebäudes: KW 49 / 2027
- 1.18 Ortsbesichtigung**
Ortsbesichtigung
Die örtlichen Gegebenheiten sind frei zugänglich und können vom AN besichtigt werden.
Nachforderungen des AN, die aufgrund mangelnder Kenntnis über die Örtlichkeiten entstehen, sind ausgeschlossen.
- 1.19 Allgemeiner Leistungsumfang**
Allgemeiner Leistungsumfang
Die nachstehend aufgeführten Leistungen umfassen grundsätzlich den gesamten Arbeitsbereich und verstehen sich für die Errichtung der Gebäude einschließlich aller Materialien, Nebenarbeiten; Transport, Kranarbeiten, notwendige Genehmigungen bei Behörden für die Durchführung sowie auferlegte Absperrmaßnahmen des Straßenraumes, der Verkehrssicherung und der Baustelle. Der Planer geht davon aus, dass der

Auftragnehmer die örtlichen Verhältnisse (z. B. wegen Autokranarbeiten, Zufahrten, Energieanschlüsse bauseits, etc.) in Augenschein genommen hat.

1.20 Werkplanung und Dokumentation

Werkplanung und Dokumentation

Die Werk- und Detailplanung der im LV beschriebenen Gebäudeteile ist vom Auftragnehmer zu erbringen. In Abstimmungsgesprächen ist die Ausführung bis zur schriftlichen Genehmigung durch den AG (Freigabe) durchzuführen und die Planunterlagen in 3-facher Ausführung zu übergeben.

Die kompletten Revisionsunterlagen sind auf digitalem Datenträger im DWG bzw. DXF- sowie PDF zu liefern.

U. a. sind folgende Unterlagen zu liefern:

- Betriebshandbücher
- Prüfprotokolle
- Bedienungs- und Wartungsanleitungen

1.21 Bauantrag

Bauantrag

Der Bauantrag wird vom AG eingereicht bzw. erfolgt im Zuge der Planfeststellung.

1.22 Genehmigungen

Genehmigungen

Sind Tätigkeiten notwendig, die einer behördlichen Genehmigung bedürfen, so hat der AN rechtzeitig vor Baubeginn alle erforderlichen Genehmigungen bei der zuständigen Behörde einzuholen z.B. Transportgenehmigung. Ebenso sind alle notwendigen Verkehrssicherungsmaßnahmen im Zuge der behördlichen Transportgenehmigung durch den AN zu erbringen.

Falls im LV nichts anderes angegeben ist, erfolgt keine gesonderte Vergütung dieser Aufwendungen. Sie sind in die Einheitspreise einzurechnen.

1.23 Eingesetztes Personal

Eingesetztes Personal

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, während der gesamten Bauausführung einen geeigneten Projektleiter (deutschsprachig) zur Verfügung zu stellen. Der zuständige Projektleiter ist dem Auftraggeber (AG) vor Baubeginn zu benennen. Die Baustellensprache ist deutsch.

Wird im LV explizit darauf hingewiesen, das Arbeiten nicht tagsüber an Werktagen ausgeführt werden können, müssen die Reisekosten, Auslösungen, Spesen sowie Aufwendungen für Über-, Nacht-, Feiertags- und Wochenendstunden mit in die Einheitspreise einkalkuliert werden.

1.24 Normen und Richtlinien

Normen und Richtlinien

Der Auftragnehmer hat neben den Anforderungen aus den zur Angebotsabgabe gültigen Deutschen Normen auch alle sonstigen Regelwerke der Technik, des Handwerks, Herstellerrichtlinien, Verlegerichtlinien, Zulassungsbestimmungen einzuhalten.

1.25 Nachweise

Nachweise

Folgende Nachweise sind vor Zuschlagserteilung auf Verlangen vorzulegen:

Protokolle über bestandene Störlichtbogenversuche (DIN EN 62271-202). Eignungsnachweis (kleiner Nachweis) für Schweißarbeiten gemäß DIN 18800 Teil 7.
Qualitätssicherungspläne unter Beachtung der ISO-Normen 9000 bis 9004 sowie ein Qualitätshandbuch. Überwachungsvertrag für

die Tätigkeit als Fachbetrieb nach § 19 I WHG.
Überwachungsbericht als Betonwerk vom „Güteschutz Beton- und Fertigteilwerke“ Baden-Württemberg e. V. Nachweis gem. DASTb-Richtlinien für Betonbau bei Umgang mit wassergefährdeten Stoffen (neuesten Datums) ist vorzulegen, das heißt, dass Wasser in die unbeschichtete Ölauffangwanne des Transformatorenöl innerhalb 72 Std. nicht tiefer als 25 mm eindringt.

Prüfberichte für die Wasserdichtigkeit der Kabeldurchführungen sind auf Verlangen vorzulegen.

Der Nachweis für Schutzgrad IP 23 DH sind für das gesamte Gebäude zu erbringen (in Anlehnung an DIN EN 60529 und DIN EN 62262).

1.26

Qualitätsnachweise

Qualitätsnachweise

Der Bauherr kann verlangen, dass die für den Einbau vorgesehenen Baustoffe, Konstruktion und die angewandten Verfahren den nachfolgenden Normen und Qualitäten entsprechen. Hierfür sind vor Zuschlagserteilung Nachweise zu erbringen, die dem Planer nach Aufforderung entgeltlos übergeben werden müssen:

Prüfzeugnisse amtlicher oder anerkannter Prüfinstitute, bauaufsichtliche Zulassungen, gutachterliche Stellungnahmen, Güteüberwachungen nach den Bestimmungen der Gütegemeinschaft oder Normen, Eignungsnachweis nach DVGW-Richtlinien, VDE-Nachweise. Eignungsnachweis für Schweißarbeiten gemäß DIN 18800 Teil 1, Qualitätssicherungspläne unter Einhaltung der ISO-Normen 9000 bis 9004 sowie Qualitätshandbuch, Überwachungsvertrag für die Tätigkeit nach § 19 I, WHG.
Überwachungsbericht als Betonwerk vom Güteschutz Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V. Nachweis der Transportarmierung, Nachweis über Kurzzeitstrombelastung von 10 kA/1s der Erdungssammelleitung, VOB, etc.

- DIN EN 62271-202
- DIN 1045 Beton- und Stahlbau
- DIN 18203 Teil 1
- DIN 18202 Teil 5 Maßtoleranzen im Hochbau
- DIN 4100 Geschweißte Stahlbauten
- DIN 4102 Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen
- DIN EN 206-1
- DIN 1055

1.27

Anlagen

Anlagen:

- Planskizze Aufstellung
- Lageplan (pdf und dwg)
- Anlage 1

1.01

Lieferung Betonfertiggebäude

EUR

1.01.01

Betonfertiggebäude

EUR

1 Ausführungsbeschreibung Stationsgebäude

Gebäudeabmessungen

Das Gebäude ist als L-förmiges Kombi-Gebäude zu liefern, die Abmessungen der einzelnen Gebäudeteile sind nachstehend beschrieben.

Gleichrichterstation:

Maximale Außenmaße B x L x H = 3,92 x 8,98 x 3,8 m

Gleichrichtertransformator 1:

Maximale Außenmaße B x L x H = 3,92 x 2,98 x 3,8 m

Gleichrichtertransformator 2:

Maximale Außenmaße B x L x H = 3,92 x 2,98 x 3,8 m

EB-Transformator:

Maximale Außenmaße B x L x H = 3,02 x 6,58 x 3,8 m, mit Innenwand und Transformatorverschienung für zwei Transformatoren

NSHV-Raum:

Maximale Außenmaße B x L x H = 3,02 x 6,58 x 3,8 m

Erd- und Fundamentarbeiten

Das Gebäude ist gemäß der zu erstellenden Gebäudestatik auf eine vorher festgelegte und geplante Stellfläche (verdichtet oder durchgehender Betonplatte

oder Beton - Streifenfundamente) zu stellen.
Die hierfür notwendigen Unterlagen über die kompletten, prüffähigen statischen Berechnungen und Unterlagen, einschl. notwendiger Pläne für das Gebäude sowie der umlaufenden Streifenfundamente oder einer durchgehenden Bodenplatte sind in 2-facher Ausführung dem Planer vier Wochen nach Auftragserteilung zu übergeben.

Die hierzu notwendigen Tiefbauleistungen sind NICHT Bestandteil dieses Leistungsverzeichnisses, sondern werden in einem separaten Leistungsverzeichnis ausgeschrieben.
Eine tragfähige Baustraße, ein ausreichender Kranstellplatz, sowie eine Rangierfläche werden im Zuge der Tiefbauarbeiten hergestellt.

Gebäude

Die Gebäudekörper sind als einteiliges fabrikfertiges Stahlbetongebäude in monolithischer Bauweise (Boden und Wände fugenlos aus einem Guss) inkl. Kabelkeller aus hochwertigem baustahlarmierten Stahlbeton C 35/45, Explosionsklassen nach DIN 1045-2 und DIN EN 13369 für Außenbauteile XC4, XF1, XA1 und für Innenbauteile XC1, Feuchtekategorie WF, Potentialausgleich nach VDE, zu liefern.

Außenwände min. 10 cm stark.

Das Gebäude ist auf die vorgesehene Fläche zu stellen.

Deckenplatte

Ausgebildet als Wannenflachdach aus C35/45 mit umlaufender Attikablende aus Aluminiumblech, EV1 silber eloxiert, Tropfkante und einem Vorsprung zum Gebäude, Wannenoberfläche stahlschalungsglatt mit einer Kies- oder Schotterschüttung, Unterseite stahlschalungsglatt. Dach gleitend auf Betonkörper gelagert, die Deckenplatte und deren Fugen sind in dichter Ausführung herzustellen. Explosionsklassen nach DIN 1045-2 und DIN EN 13369 für Außenbauteile XC4, XF1, XA1 und für Innenbauteile XC1, Feuchtekategorie WF, zu liefern.

Die Deckenplatte ist für die Dachbegrünung und für eine spätere Aufstellung einer Solaranlage auszulegen.

Wände

Wandstärke nach erforderlicher Statik (jedoch mind. 10 cm stark), wobei eine Betonüberdeckung Außen der Bewehrung von mind. 3 cm gewährleistet sein muss. Innenwände in Raumzelle nach statischen Erfordernissen eingeschweißt.

Die Wände und deren Fugen sind mit entsprechenden Fugenbändern dicht zu schließen. Expositionsklassen nach DIN 1045-2 und DIN EN 13369 für Innenbauteile XC1, Feuchtklasse WO.

Fugen

Konstruktive Fugen sind in der konstruktiv, bauphysikalisch und gesetzlich vorgeschriebenen Weise auszuführen (z.B. mit Spezialprofilen, Spezialdichtungsmasse, etc.). Dauerelastische Fugen sind aus Acryl (überstreichbar) herzustellen.

Kontaktkorrosion

Beim Zusammentreffen verschiedener Werkstoffe muss gewährleistet sein, dass keine Kontaktkorrosion entsteht.

Aussparungen

Die erforderlichen Aussparungen (kleiner 1 m²) von Gebäude zu Gebäude müssen im Preis enthalten sein. Die Aussparungen für die Druckentlastung sind mit maximalen Öffnungen einzuplanen inkl. einem Sockel von ca. 5-10 cm.

Innenanstrich

Decke und Wände mit wasch- und scheuerbeständigem Dispersionsanstrich, matt, nach DIN 53776, auf Acrylat-Mischpolymerisat-Basis, wasserverdünnbar, Farbe: RAL 9010. Der Rohboden im Traforaum ist mit einem dreifachen Öl festen Anstrich zu versehen; Farbe: hellgrau.

Doppelboden

Der Schaltraumdoppelboden mit OK 0,80 m im lichten, bestehend aus Aluminium-Strangpressprofilen und höhenverstellbaren verzinkten Stahlstützen, muss für die zum Einbau kommenden Schaltanlagen mit einer Verkehrslast bis 1000 kg/m² ausgelegt sein. Die begehbare Fläche wird mit Holzwerkstoffplatten, Rastermaß 60x60 cm, mehrfach verriegelt ausgelegt. Die Plattenstärke beträgt ca. 40 mm, der Plattenbelag muss aus Kunststoff bestehen. Die Lieferung des Doppelbodens beinhaltet die Grundrahmen zur Aufnahme der Schaltschränke, sowie den entsprechenden Saugheber.

Traforaum, Trafoschienen

Die beiden Traforäume sind jeweils für die Aufnahme eines 2.500 kVA- Gießharz Transformators auszulegen. Die Belüftung ist der Verlustleistung entsprechend Gehäuseklasse 20 zu dimensionieren. Folgende Trafodaten sind zu berücksichtigen: Leerlaufleistung: 3.000 W, Kurzschlußleistung: 16.0000 W. Die Trafoschienen müssen für eine Last von 9 Tonnen ausgelegt sein mit aufgeschweißter Spurbegrenzung. Sie sind an zwei Stellen kraftschlüssig miteinander durch entsprechende Stahlstreben zu verbinden. Ebenfalls sind zwei Trafoschienenstützen vorzusehen. Der begehbare Bereich um den Trafo ist mit Gitterrösten auf Höhenniveau des Doppelbodens auszulegen und zu befestigen. Alle Stahlteile sind verzinkt auszuführen und in den Potentialausgleich mit einzubeziehen.

Der Traforaum für die beiden EB-Transformatoren ist für die Aufnahme von zwei 800 kVA- Gießharz Transformators auszulegen. Die Belüftung ist der Verlustleistung entsprechend Gehäuseklasse 20 zu dimensionieren. Folgende Trafodaten sind zu berücksichtigen: Leerlaufleistung: 1500 W, Kurzschlussleistung: 9.000 W. Die Trafoschienen müssen für eine Last von 3,2 Tonnen ausgelegt sein mit aufgeschweißter Spurbegrenzung. Sie sind an zwei Stellen kraftschlüssig miteinander durch entsprechende Stahlstreben zu verbinden. Ebenfalls sind zwei Trafoschienenstützen vorzusehen. Der begehbare Bereich um den Trafo ist mit Gitterrösten auf Höhenniveau des Doppelbodens auszulegen und zu befestigen. Alle Stahlteile sind verzinkt auszuführen und in den

Potentialausgleich mit einzubeziehen.

Außenputz / Schutzbeschichtung für die erdberührenden Flächen

Der Außenputz ist als Kunstharzputz (K2) auszuführen und umfasst das gesamte Gebäude. Gegebenenfalls sind die Vorschriften des Wasserhaushaltungsgesetzes zu erfüllen. Die Schutzmaßnahmen gegen drückendes Wasser sind gemäß DIN 18533 zu berücksichtigen, falls kein Bodengutachten andere Maßnahmen beschreibt.

Zugangstüren / Be- und Entlüftung

Alle Türen müssen aus Aluminium in Rahmenbauweise mit Queraussteifungen und umlaufender Dichtung, innenliegenden Bändern, Türfüllung aus hochfesten Legierungen. Standardmäßig ausgerüstet mit mechanischem Türfeststeller oben, selbsttätig einrastend bei 95 Grad und CU-Erdungsband.
Im System mit Stationen nach DIN EN 62271-202/ DIN VDE 0671-202 störlichtbogeengeprüft. Schlagprüfung nach EN 62262, Schutzgrad IP 23 DH, nach DIN EN 60529 (DIN VDE 0470-1).

Mit folgender Ausprägung:

Anschlag: nach Angaben
Zarge: HKI Rahmenprofil
Türlüftung: ja; oben und unten nach Angaben
Schloss: Kastenschloss mit Panikfunktion mit zwei Halbzylinder
Farbe: Silber, E6 EV 1 eloxiert
Blechfüllung Tür: Glatt
Verriegelung: dreifach (seitl., oben, unten) aus V2a
Erdung Türen müssen über Erdungsdübel mit der Bewehrung verbunden sein
Türkontaktschalter: magnetisch
Lichte Maße: Schaltraum:
Breite: min. 115 cm, Höhe: min. 240 cm gefordert
Traforaum:
Breite: min. 250 cm, Höhe: min. 240 cm gefordert
NSHV-Raum
Breite: min. 110cm, Höhe: min. 240cm gefordert
EB-Traforaum (zwei Türen mit jeweils):
Breite: min. 172cm, Höhe: min. 240cm gefordert

In der Tür zum Schaltraum sind Lüfterelemente zur Belüftung vorzusehen (verschließbar für Winterbetrieb).

Ein demontierbarer Sturz für die Trafotüren ist vorzusehen.

Die ausreichende Belüftung des Traforaumes ist rechnerisch nachzuweisen und auf Verlangen vorzuzeigen.

Druckentlastung

Im Störlichtbogenfall erfolgt der Druckstoß der Mittelspannungsschaltanlage in den Doppelboden. Die Druckentlastung ist durch entsprechende Druckentlastungsöffnungen über die Trafokammer nach außen, aus Aluminiumprofilen, stoßer- und insektensicher anzubieten. Die Dimensionierung muss in ihrer Geometrie und Anordnung nach VDE 0101 entsprechen. Sollten die Gebäudegeometrie für die Druckbeherrschung nicht ausreichen, sind weitere Maßnahmen wie Drucköffnung im Schaltraum oder Druckentspannungsgitter zum Traforaum mit einzukalkulieren. Der zu erwartende Wert für den Druckausgleich im Fehlerfall der Mittelspannungsanlage, wird im Auftragsfall zur Verfügung gestellt und muss vom Hersteller schriftlich bestätigt werden.

Kabeleinführung

Gebäudeeinführungen (Dichtpackung) müssen nach genormten, mit zugelassenen Dichtungsrahmenprofilen, einschl. Füllstücken in die Wand eingegossen und dicht geschlossen werden. Der Nachweis ist zu erbringen. Vorgesehen sind 40 Stück Gebäudeeinführungen Fabrikat: Fa. Hauff (HSI 150) oder gleichwertig, einschl. Systemdeckel (lose Lieferung: 13 St. HSI 150-D1/80 7 St. HSI 150-D3/58 und 20 St. HSI 150-D7/33), Schrumpfseite außen. Die genaue Lage der Einführungen wird nach Auftragsvergabe mitgeteilt.

Statik

Erstellen der kompletten, prüffähigen statischen Berechnung und Unterlagen, einschl. notwendiger Pläne für das Gebäude. Ebenso ist die Dachbegrünung auf dem Dach und eine spätere Aufstellung einer Solaranlage statisch zu berücksichtigen. Die Unterlagen sind dem AG vorzulegen.

Potentialausgleich

Alle elektrisch leitenden Teile sind gemäß VDE an den Potentialausgleich anzuschließen. Die Bewehrung des Gebäudekörpers (Zellenboden / Wände) sind miteinander zu verschweißen. Die Stoßfugen Wand / Dach sind mit Anschweißplatten bzw. Erdungsfestpunkten, die an der Gebäudearmierung angeschweißt sind, ins Erdungssystem einzubinden. Entsprechende Anschlüsse für den Anschluss des Hauptpotentialausgleichs sind vorzusehen. Der Tiefenerder wird bauseits erstellt.

Entwässerung

Die Dachentwässerung ist über rechteckige Aluminium-Regenfallrohre (mind. 75 x 56 mm) herzustellen. Die Entwässerung erfolgt oberflächlich als freier Auslauf hinter bzw. neben dem Gebäude über die Grünfläche.

Einmessung

Das Gebäude wird durch den AG eingemessen.

Kampfmittel

die Kampfmittelsondierung erfolgt durch den AG.

Extensive Begrünung

Es ist eine Extensivbegrünung im Werk aufzubringen, diese besteht aus:

- Wurzelschutzfolie
- Schutzvlies 400g/m²
- Drainage aus z.B. Blähschiefer 3-5 cm hoch
- Filtervlies 150g/m²
- Vegetationsmatte
- Kiesrand aus 16/32 mm Rundkies

Nach Abnahme auf der Baustelle ist die Pflege der Begrünung durch den AG auszuführen.

Transport und Logistik

Anfahrt

Der geplante Gebäudestellplatz ist über die B38 und Heppenheimer Straße zu erreichen. Für die geplante Kranaufstellfläche steht das Baufeld des vorher abgerissenen Gebäudes zur Verfügung. Als Sonderleistung muss der Auftragnehmer eine Vollsperrung der Heppenheimer Straße mit den entsprechenden Verkehrslenkenden Maßnahmen während des Aufstellzeitraums einplanen (inkl. der Genehmigungseinholung). Das Baufeld kann durch die aktuelle Zufahrtsstraße der Wendeschleife oder durch die Heppenheimer Straße befahren werden.

Rahmenbedingungen

Es ist eine Erweiterung der Wendeschleife geplant, das Unterwerk soll unterhalb dieser Erweiterung aufgestellt werden. Hierfür hat die rnv das Gebäude, inklusive Grundstück der Heppenheimer Straße erworben. Das Gebäude soll im Vorfeld abgerissen und eine ebene Fläche geschaffen werden. Durch das dynamische Baufeld hat der AN seinen Platzbedarf für die Kranaufstellfläche und die Baustraßen rechtzeitig anzukündigen.

Eine grafische Darstellung der möglichen Zufahrtswege, sowie des geplanten GUW-Standorts ist im beigefügten Leistungsverzeichnis (PDF-Datei) enthalten.

1.01.01.0001	Betonfertiggebäude Lieferung und Montage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	St pro 1,00 St

Betonfertiggebäude Lieferung und Montage

2	LOS Mittelspannungsschaltanlage	EUR
---	---------------------------------	-----------

Leistungsart: Lieferleistung
 Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
 Klassifizierung: Mittelspannungsanlagen (31682300-3)

Herstellung und Lieferung einer 9-feldrigen 20-kV-Metall-gekapselte-g asisolierte Mittelspannungsschaltanla ge

2.1	Mittelspannungsschaltanlage	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stück
					pro 1,00 Stück
		Anforderungen gemäß Leistungsbeschreibung				

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

Ausschreibung (Korrektur)

Verfahren: 018-26-EK7 - Neubau GUW Wendeschleife - hier: Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 018-26-EK7 - Neubau GUV Wendeschleife - hier: Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Los 1 - "Gebäude Wendeschleife Los 1"

1.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu eine Eigenerklärung abzugeben, dass er mindestens 2 Referenzprojekte durchgeführt hat, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Die Vergleichbarkeit bezieht sich auf Aufträge für die Lieferung eines Betongebäudes für ein Gleichrichterunterwerk oder vergleichbares Gebäude sowie dessen Auftragsvolumen.

Anzugeben sind Referenzen über Leistungen, die in den letzten drei Jahren (ab 2022/2023) erbracht worden sind.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben im Namen der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen anzugeben.

1.2 Referenzen

Gewichtung: 0,00%

1.2.1 Mindestanforderung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Haben Sie für mind. 2 Projekte/Referenzen vergleichbare Lieferleistungen durchgeführt?

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Bedarf Referenznachweise nachzufordern.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

1.2.2 Hinweis zur Abfrage der Referenzen

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Bedarf Referenzen mit folgenden Angaben nachzufordern: Auftraggeber; kurze Beschreibung der Leistung, Lieferzeitraum, Auftragssumme

Eine Nichtbeantwortung der Frage oder die Vorlage fehlerhafter Unterlagen im Falle einer Nachforderung kann zum Ausschluss führen.

2 Los 2 - "Mittelspannungsschaltanlage"

2.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu eine Eigenerklärung abzugeben, dass er mindestens 2 Referenzprojekte durchgeführt hat, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Die Vergleichbarkeit bezieht sich auf Aufträge für die Lieferung einer 9-kV Mittelspannungsschaltanlage für die Versorgung einer Bahnstromanlage sowie dessen Auftragsvolumen.

Anzugeben sind Referenzen über Leistungen, die in den letzten drei Jahren (ab 2022/2023) erbracht worden sind.

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben im Namen der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen anzugeben.

2.2 Referenzen

Gewichtung: 0,00%

2.2.1 Mindestanforderung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Haben Sie für mind. 2 Projekte/Referenzen vergleichbare Lieferleistungen durchgeführt?

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Bedarf Referenznachweise nachzufordern.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2.2.2 Hinweis zur Abfrage der Referenzen

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Bedarf Referenzen mit folgenden Angaben nachzufordern:
Auftraggeber; kurze Beschreibung der Leistung, Lieferzeitraum, Auftragssumme

Eine Nichtbeantwortung der Frage oder die Vorlage fehlerhafter Unterlagen im Falle einer Nachforderung kann zum Ausschluss führen.

3 Allgemeine Angaben

Gewichtung: 0,00%

3.1 Erklärung Insolvenz [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO).

- ☐ Keine Auswahl getroffen
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.2 Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.3 Erklärung des Bieters [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

3.4 No-Spy-Erklärung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen.

Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte.

Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden.

Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

- ☐ Keine Auswahl getroffen
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 Eigenerklärung zum nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Gewichtung: 0,00%

4.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

4.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/Bieters/des Mitglieds der Bewerber-/Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),

- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des

Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als 5 Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen ist.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB

Gewichtung: 0,00%

4.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:
Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:
Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:
Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

4.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befinden.

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,

- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

Ausschlusskriterium

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB

Gewichtung: 0,00%

4.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 19 MiLoG vorliegt

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendeges etz) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten

Gewichtung: 0,00%

4.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Wir bestätigen, dass das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Erklärungen zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

5.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind beizufügen:

- Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate)
- Versicherungsbestätigung

5.2 Handelsregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

5.2.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) ist als Anlage beigefügt

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.2.2 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigefügt

Ausschlusskriterium

Wenn ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht beigefügt ist:
Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigefügt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.3 Versicherungspolice

Gewichtung: 0,00%

5.3.1 Anforderung Versicherungspflicht

Die Deckungssumme der Versicherung muss im Schadensfall mindestens betragen:

- für Personenschäden: 3 Mio. Euro
- für Sach- und Vermögensschäden: 3 Mio. Euro.

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme betragen.
Hinweis:

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter/die Bietergemeinschaft eine entsprechende Eigenerklärung ab. Dabei ist zu unterscheiden:

a) Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies unter 5.3.2. anzukreuzen. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssumme vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat der dies in der Eigenerklärung Versicherungspflicht unter 5.3.2. anzukreuzen. Die Eigenerklärung unter 5.3.2 ist ausreichend. Eine Versicherungsbestätigung oder vergleichbare Nachweise sind mit dem Angebot nicht einzureichen. Entsprechende Nachweise sind erst nach Zuschlagserteilung unaufgefordert dem Auftraggeber vorzulegen.

b) Sofern der Bieter/die Bietergemeinschaft zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung nicht die genannten Deckungssummen aufweise, hat der Bieter/die Bietergemeinschaft zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat der Bieter in der Eigenerklärung unter 5.3.3 dies anzukreuzen, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechende Nachweise unaufgefordert dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorlegen wird. Diese Erklärung ist unwiderruflich.

5.3.2 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft erklärt hiermit, dass diese über eine in 5.3.1. beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung verfüge.

Die Deckungssumme dieser Versicherung beträgt je Schadensfall mindestens 3 Mio. Euro für Personenschäden, sowie 3 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden.

Die Maximierung der Ersatzleistung pro Versicherungsjahr beträgt mindestens das Zweifache der genannten Deckungssumme. Entsprechende Nachweise werden unaufgefordert dem Auftraggeber erst nach Zuschlagserteilung vorgelegt.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5.3.3 Wenn Eigenerklärung Versicherungspflicht mit nein

Ausschlusskriterium

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass sein Unternehmen derzeit noch nicht über die in den Vergabeunterlagen geforderte Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung verfügt.

Eine Überprüfung hat ergeben, dass dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Daher ist der Bieter/die Bietergemeinschaft in der Lage, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechende Nachweise unaufgefordert dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung vorzulegen.

Diese Erklärung ist unwiderruflich.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6 KMU

Gewichtung: 0,00%

6.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.

Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz

Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz

Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz

Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein _____.

- ☐ Keine Angabe (0)
☐ Kleinstunternehmen (0)
☐ Kleines Unternehmen (0)
☐ Mittleres Unternehmen (0)
☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 018-26-EK7 - Neubau GUW Wendeschleife - hier: Mittelspannungsschaltanlage und Betongebäude

LEISTUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 - "Gebäude Wendeschleife Los 1"
- 2 Los 2 - "Mittelspannungsschaltanlage"

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	7.2.5.5_EP-1-017-K002-500 ---.pdf	1,36 MB	pdf
Dateianlage	2023-004_Skizze_GUW Wendeschleife_Bhf-Käferta I-Schaltwagen-DIN_A3.pdf	239,59 KB	pdf
Dateianlage	17009_Bauphase_1c.pdf	2,37 MB	pdf
Dateianlage	Maße Gebäude.pdf	151,97 KB	pdf
Dateianlage	Gebäude Käfertal Wendeschleife.x83	458,73 KB	x83
Dateianlage	MS-Anlage Käfertal_Wendeschleife_30 .04.2026.x83	77,74 KB	x83